

fonction publique

numéro 280
janvier 2024
56^e année
paraît 4 fois par an

CGFP WARNT VOR SOZIALABBAU



Die 57. Vorstandskonferenz bot eine große Bandbreite an Themen. Sparmaßnahmen zulasten der Bürger seien mit der CGFP nicht vereinbar, hieß es. Kein Verständnis zeigte die CGFP zudem für die erneute Verzögerung der längst überfälligen Steuerreform. Es bleibe abzuwarten, ob die neue Regierung gewillt sei, dieses Vorhaben in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen. Bedauert wurde, dass dem Staatsdienst im Koalitionsabkommen eine untergeordnete Rolle beigemessen wurde. Zudem habe der neue Beamtenminister eine schwere Erbschaft angetreten, da sein Vorgänger es versäumt habe, mehrere Vereinbarungen umzusetzen. Rückblickend auf das Jahr 2023 wurde u.a. die Wichtigkeit der Tripartite-Maßnahmen hervorgehoben. Diese hätten einen Inflationsschock verhindert.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6 bis 14

JÜNGSTE STEUERENTLASTUNG: BLOß EINE SYMBOLISCHE GESTE



Zum 1. Januar 2024 trat die Steuertabelle um vier Indexranchen in Kraft. Bereits bei der Tripartite im März 2023 war, insbesondere auf Drängen der CGFP hin eine Steuergutschrift im Gegenwert von 2,5 Indexranchen vereinbart worden. Somit wurden jetzt alle Tarifstufen der Steuertabelle um mehr als 10 % erhöht. Anhand der Grafiken und Zahlen analysiert „fonction publique“ die Auswirkungen dieser Anpassung auf die Einkommen. Dabei stellt sich heraus, dass die soeben erfolgte Steuerentlastung lediglich eine symbolische Geste bleibt, die sich bei der Bekämpfung des „Mittelstandsbuckels“ als wenig effizient erweist. Die neue Regierung darf es deshalb keineswegs dabei belassen. Die anstehende Steuerreform muss sozial gerecht gestaltet werden.

Mehr zu diesem Thema auf den Seite 16 und 17



Regierung auf Konfrontationskurs mit der CGFP

In den ersten Wochen der neuen Legislaturperiode hat die neue CSV-DP-Regierung bereits für reichlich Unmut gesorgt. Einer ihrer ersten Amtshandlungen war die neue Regelung des umstrittenen Bettelverbots in Luxemburg-Stadt. Die Polizeigewerkschaft SNPGL/CGFP äußerte ihre Bedenken bezüglich der praktischen Umsetzung dieser neuen Regelung. Die repressive Phase trat dennoch Mitte Januar in Kraft.

Nahezu zeitgleich sorgte die frisch vereidigte Sozialministerin mit ihren Aussagen zur angedachten Rentenreform für Wirbel. Obwohl dieses Thema von beiden Regierungsparteien sowohl im Wahlkampf als auch im Koalitionsabkommen nahezu unerwähnt blieb, rückt es jetzt in den Mittelpunkt des politischen Geschehens. Die zuständige Ressortministerin versicherte den Sozialpartnern, dass sie die ersten Ansprechpartner seien. Die Gewerkschaften mussten jedoch aus der Presse erfahren, dass die Kürzungseffekte der Altersversorgung schon 20 Jahre früher als ursprünglich geplant eintreten sollen.

Als ob all diese Fehlritte nicht schon reichen würden, hat sich die CSV-DP-Koalition zu allem Überflus jetzt auch noch mit der CGFP angelegt, indem sie sich weigert, den von der vorigen Regierung begangenen Verstoß gegen Punkt 10 des geltenden Gehälterabkommens rückgängig zu machen. Dieser Passus besagt, dass das Bewertungssystem im gesamten öffentlichen Dienst – außer den Praktikanten, aber einschließlich der Armee –

mit Rückwirkung zum 1. Januar 2023 integral abgeschafft wird.

Mit fragwürdigen Argumenten forderte die Regierungsdelegation, das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren für unzulässig zu erklären. Die CGFP hielt resolut dagegen. Am 12. Januar erklärte die Schlichterin die Zusammensetzung der CGFP-Delegation für unrechtmäßig, da ihrer Ansicht nach hier nicht der gesamte Staatsdienst betroffen sei.

Die CGFP wird es nicht dabei belassen. Nach Anhörung des CGFP-Nationalvorstands werden weitere gewerkschaftliche Maßnahmen in Kürze folgen. Die CGFP wird unter keinen Umständen eine Verwässerung des Gehälterabkommens hinnehmen. Jeder Angriff auf eine mit der CGFP getroffene Vereinbarung stellt einen Affront für alle öffentlich Bediensteten dar. Die kontraproduktive Haltung des neuen Beamtenministers in dieser Angelegenheit wird sich bitter rächen, falls kein schnelles Umdenken erfolgt.

Die Beziehungen der CGFP zur neuen Regierung könnten sich darüber hinaus zunehmend verschlechtern, denn auch der Vorentwurf zur Abschaffung des Bewertungssystems im gesamten öffentlichen Dienst ist teilweise unbefriedigend. Auf Antrag der CGFP fand nach Redaktionsschluss ein diesbezügliches Dringlichkeitstreffen mit Minister Wilmes statt, über das wir in der kommenden Ausgabe berichten werden.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 5

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



Europawahlen 2024: Entscheidend für uns alle!

Am 9. Juni 2024 steht mit den Europawahlen ein entscheidender Tag für alle EU-Bürger an.

Das vergangene Jahr war unter anderem geprägt vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, vom Nahostkonflikt sowie vom Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Auch in Europa stellt diese besorgniserregende Entwicklung ein Phänomen dar, das an Intensität zunimmt.

Die hiesigen Parlamentswahlen sind vorbei, die Wähler haben über die Zusammensetzung der Abgeordnetenkommission für die neue Legislaturperiode entschieden.

Auch eine neue Regierung wurde mittlerweile für die kommenden fünf Jahre gebildet.

Sich einer Wahl überhaupt zu stellen, ist und bleibt eine große, mit Risiken verbundene Herausforderung, denn es besteht immer die Gefahr, nicht gewählt zu werden und somit keine politische Verantwortung zu erhalten – auch nicht in einer Regierung. Alles andere wäre ja wohl nicht konform zum Wählerwillen.

Nun in der Politik wird dies schon seit Längerem nicht so eng gesehen, dürfen doch einige auserkorene Nichtgewählte oder jene, die das Risiko scheuen, sich einer demokratischen Wahl zu stellen, dennoch darauf hoffen, zu Ministerehren zu kommen. Schließlich wird ja nicht die Regierung, sondern das Parlament gewählt.

So sieht halt die Art Politik aus, die den Wählerwille hintenanstellt. Dass solche Machenschaften zu immer mehr Politikverdrossenheit führen, wird bedauerlicherweise von so manchen politisch Verantwortlichen ohne mit der Achsel zu zucken wortlos hingenommen.

Seit vielen Jahren ist hinlänglich bekannt, dass einige alteingesessene Politiker es meiden, die volle Wahrheit zu sagen, sobald es ernst wird.

Ein gutes rezentes Beispiel dafür ist die erst kürzlich losgetretene Diskussion über eine für die einen längst überfällige, für die anderen völlig überflüssige weitere Rentenreform.

Obwohl diesbezüglich ganz offensichtlich schon vor den letzten Wahlen einige Parteien ganz konkrete

Überlegungen angestellt und auch schon ausgearbeitet haben, spielte dieses Thema im Wahlkampf, falls überhaupt, eine untergeordnete Rolle.

Dass mit solchen Themen keine zusätzlichen Wählerstimmen zu gewinnen sind – wie jüngst von der hierfür zuständigen Ministerin in einem „Paperjam“-Interview bestätigt (!) – und dass offensichtlich allzu viel politische Ehrlichkeit vor den Wahlen dem Ergebnis abträglich sein könnte, liegt auf der Hand.

Dies ist ein treffender Beweis dafür, dass man, auch in Wahlkampfzeiten den Wähler geradezu zum Narren halten kann, in dem man ihm die Wahrheit vorenthält und seine wahren Absichten verbirgt. Dies ist einer der Gründe dafür, warum die Politikverdrossenheit beständig zunimmt.

Gleiches gilt insbesondere für Abkommen, die mit den Sozialpartnern – in diesem Falle der CGFP – abgeschlossen und unterschrieben wurden.

Jüngstes Beispiel: Die im laufenden Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst erzielte Abschaffung des Bewertungssystems – von dem jeder halten mag, was er will.

Drei Wochen, nachdem der CGFP der Vorentwurf des diesbezüglichen Gesetzes vorgelegt worden war, wurde das Abkommen vom Dezember 2022 von Regierungsseite ad absurdum geführt und in einem wichtigen Punkt mit Füßen getreten. Ein Vertragsbruch ist kein Kavaliersdelikt, insbesondere dann, wenn die politischen Machthaber sich über die getroffenen Vereinbarungen hinwegsetzen.

Jeder halbwegs normal denkende Mensch müsste sich darüber im Klaren sein, dass unterschriebene Verträge in allen Punkten einzuhalten sind.

Falls dennoch ein Unterzeichner des Abkommens nicht gewillt ist, sich an die ausgehandelten Abmachungen zu halten und eine gütliche Lösung mit fadenscheinigen Argumenten kategorisch von der Hand weist, kommt es im Regelfall zu juristischen Schritten und zu einer Verurteilung des Vertragsbrechers.

Völlig inakzeptabel ist allemal, dass bei so manchen politischen Entscheidungsträgern – im besten Falle vom Volk direkt gewählt – ein mit ihnen unterschriebenes Abkommen nicht das Papier wert ist, auf das es geschrieben wurde.

Äußerst bedenklich und keinesfalls hinnehmbar ist auch die Feststellung, dass die diesbezügliche Haltung einer Partei – wie jüngst geschehen – sich schlagartig, grundlegend und ohne Ursache verändert, sobald sie aus der Oppositionsrolle in die Regierungsverantwortung geschlüpft ist.

Dieser von der vorigen Regierung initiierte und von der jetzigen Koalition schamlos fortgesetzte eindeutige Vertragsbruch erinnert ganz klar an die 90er-Jahre, als die damaligen Entscheidungsträger alles daran setzten, die Pensionen der öffentlich Bediensteten zu beschneiden.

Durch ein solches politisches Handeln wächst die Politikverdrossenheit. Dies ist in Anbetracht dieser wenigen Beispiele auf rein nationaler Ebene kein Wunder. Insbesondere der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in vielen Teilen Europas müsste den Volksvertretern jeglicher Couleur zu denken geben.

Am 9. Juni sind Europawahlen. Sie waren noch nie so wichtig wie dieses Mal, geht es doch um den Erhalt der demokratischen Werte. Nichtwählen darf keine Option sein!

Eine weiter steigende Politikverdrossenheit, die von politischen Fehlritten zusätzlich angeheizt wird, hätte gerade jetzt fatale Folgen für die EU.

Vor den im Juni anstehenden Europawahlen wäre demnach ein besonnenes Umdenken in politischen Kreisen von allergrößter Wichtigkeit, um einen weiteren Rechtsruck zu verhindern.

Gerade in unsicheren Zeiten wie diesen, müsste eigentlich jedem bewusst sein, was dieses Mal auf dem Spiel steht: Die Zukunft Europas. Unsere Zukunft!

Romain Wolff,
CGFP-Nationalpräsident

CGFP gegen Verschlechterungen bei der Altersvorsorge

Den jüngsten Berechnungen der Generalinspektion der Sozialversicherungen (IGSS) von 2022 zufolge, könnten ab dem Jahr 2027 erste Engpässe beim Rentensystem eintreten. Neusten Schätzungen zufolge könnten in drei Jahren die Beiträge nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben zu decken.

Diese Erkenntnis ist keineswegs neu. Bereits vor den Parlamentswahlen war der entsprechende IGSS-Bericht der breiten Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt worden. Die Reaktionen darauf blieben verhalten.

Keine der beiden aktuellen Regierungsparteien sah damals Handlungsbedarf. Dieses Thema wurde im Wahlkampf sowohl von der CSV als auch von der DP gemieden.

Auch im Koalitionsprogramm von Schwarz-Blau sucht man vergeblich nach Einzelheiten zu einer bevorstehenden Rentenreform. Darin heißt es lediglich, die Regierung wolle eine breite Konsultation

mit der Zivilgesellschaft zur langfristigen Absicherung des Pensionssystems führen.

Erst in den darauffolgenden Wochen gab die zuständige Ressortministerin tröpfchenweise erste Details bekannt. Anders als man es vielleicht hätte erwarten können, wandte sich die Quereinsteigerin nicht zunächst an die Sozialpartner, sondern sie bevorzugte unzählige Presseauftritte, um ihre Botschaften zu senden.

„Wenn man etwas bewegen will, dann muss man schnell agieren, denn es dauert 40 Jahre, bis die Maßnahmen greifen. Die ersten Pensionäre, die nach der Pensionsreform von 2012 zehn Prozent weniger Rente erhalten, werden 2052 in den Ruhestand gehen. (...) Wir müssen in kürzeren Fristen denken“, betonte die Ministerin in einem Interview.

Um das Ganze zu rechtfertigen, wurde – wie schon zuvor bei anderen Anliegen – erneut auf die Pandemie und den Ukraine-Krieg verwiesen. Beide Faktoren hätten das Rentensystem geschwächt.

In einem „Land“-Interview sprach sich Martine Deprez dafür aus, den Kürzungseffekt auf 2035, im Idealfall auf 2032 vorzuziehen. Die Regierung scheint es jedenfalls bei ihrem Reformeifer sehr eilig zu haben. Hieß es zu Beginn noch, die bilateralen Gespräche mit den jeweiligen Akteuren würden im Frühling beginnen, sind diese Termine offensichtlich jetzt um rund zwei Monate vorverlegt worden.

Die CGFP wird im Februar eine Unterredung mit der Sozial- und Gesundheitsministerin Martine Deprez haben. Eines der Themen, das vermutlich auf der Tagesordnung stehen wird, ist die zukünftige Gestaltung der Altersvorsorge.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die CGFP als verantwortungsbewusster Sozialpartner mit einer konstruktiven Haltung in diese Gespräche gehen wird. Sie wird dabei – wie man es von ihr gewohnt ist – die Interessen des Landes und insbesondere der Staatsbediensteten nicht außer Acht lassen.

An die beiden Mehrheitsparteien geht der Appell, ihre Wahlversprechen einzuhalten. „Die Finanzierung der Pensionskasse ist für die kommenden Jahre abgesichert. Folglich darf es nach CGFP-Ansicht zu keinen Verschlechterungen bei den Pensionen kommen. Stimmen Sie dem zu?“, lautete im Juli 2022 eine Frage, die bei den CGFP-Wahlprüfsteinen gestellt wurde. Die Antworten der beiden Parteien, die heute in der Regierungsverantwortung stehen, waren unmissverständlich klar. „Die DP stimmt dem zu“, hieß es bei den Liberalen. „Ja, die Partei steht für gute und sichere Pensionen“, unterstrich die CSV.

Ohne der Unterredung mit der Ministerin voranzugreifen, steht jetzt schon fest, dass die CGFP ihre Prinzipien nicht über Bord werfen wird. Anlässlich der jüngsten CGFP-Vorstandskonferenz sprach der CGFP-Generalsekretär eine deutliche Mahnung aus: „Die CGFP sagt NEIN zu Verschlechterungen bei der Altersversorgung.“

ml



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

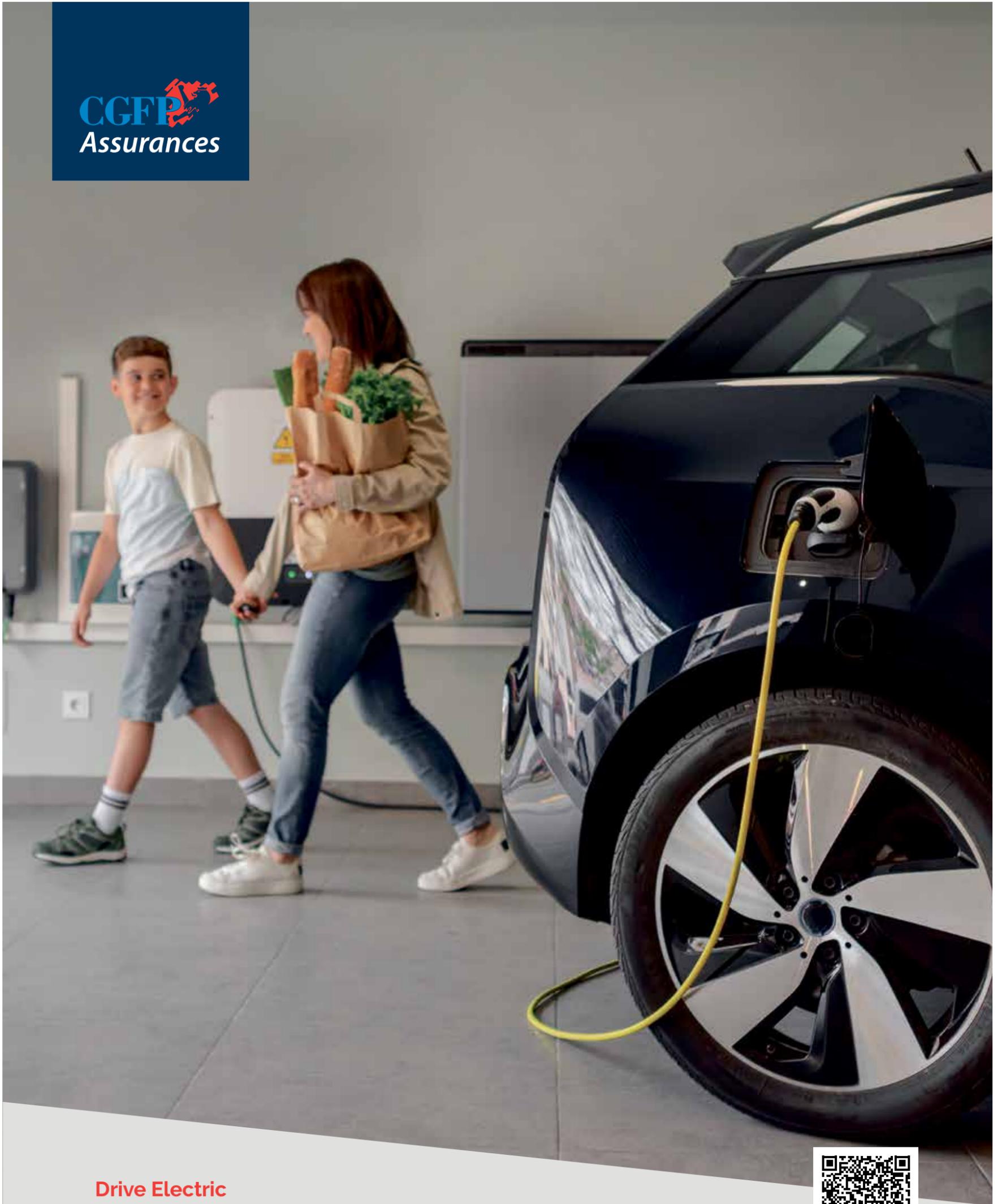
Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: Mediahuis Luxembourg S.A.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



CGFP
Assurances



Drive Electric
L'assurance auto associée à des services spécialement conçus pour véhicules électriques

Des formules flexibles pour une protection personnalisée de votre voiture électrique, pouvant inclure le vol du câble, l'assistance en cas de panne et la couverture de la batterie.

Une assurance  **baloise**



CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

[cgfp-assurances.lu](https://www.cgfp-assurances.lu)

Keine Einigung beim CGFP-Schlichtungsverfahren gegen die Regierung

An der Einhaltung des Gehälterabkommens führt kein Weg vorbei!

Im Dezember 2022 hatten sich die CGFP und die Dreierkoalition auf ein neues Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst mit einer zweijährigen Laufzeit geeinigt. Einer der Eckpfeiler dieser Vereinbarung war die Abschaffung des Bewertungssystems.

Das höchst umstrittene Benotungssystem war im Jahr 2015 von der damaligen Regierung im Zuge der Dienstrechtsreform eingeführt worden. Die CGFP hatte diese politische Entscheidung schweren Herzens mitgetragen, um somit weitaus gravierendere Einschnitte zu vermeiden.

Von Beginn an hatte die CGFP große Bedenken geäußert. Bereits vor der Einführung des Bewertungssystems wies sie auf die Gefahr von Willkür und Günstlingswirtschaft hin. Infolge dieser drohenden Missstände sei die Unabhängigkeit der öffentlich Bediensteten nicht mehr gewährleistet, hieß es damals. Immer wieder betonte der Dachverband der Staatsbediensteten, dass die sehr aufwendige Prozedur in keinem Verhältnis zum äußerst dürftigen Ergebnis stünde.

Diese Befürchtungen haben sich in all den Jahren bewahrheitet. Mit handfesten Argumenten wiederholte die CGFP pausenlos die Forderung nach einer Abschaffung des für den Staatsdienst völlig ungeeigneten Bewertungssystems. Auf Drängen der CGFP stand dieses Anliegen auf der Agenda der jüngsten Gehälterverhandlungen. Nach zähem Ringen und dank des unermüdbaren Durchsetzungsvermögens der CGFP willigte der damalige Beamtenminister schließlich ein. Beide Seiten verständigten sich darauf, das Bewertungssystem im gesamten Staatsdienst abzuschaffen. Allerdings musste die CGFP im Gegenzug auf die eine oder andere Forderung verzichten.

Klärungsbedarf bei Minister Wilmes

Inzwischen liegt der von der Regierung ausgearbeitete Gesetzesvorentwurf zur Abschaffung des Bewertungssystems vor. Zugegeben: Diese Vorgabe verstößt bei Weitem nicht in allen Punkten gegen die getroffene Vereinbarung. Damit jedoch der Text abstimmungsreif wird, muss noch an manchen Stellschrauben gedreht werden.

Die CGFP hat deshalb ein Dringlichkeitstreffen beim neuen Minister für den öffentlichen Dienst, Serge Wilmes, beantragt. Zweck dieser Unterredung, die nach Redaktionsschluss stattfinden wird, ist es, den Text zur Abschaffung des Bewertungssystems so zu gestalten, dass den beim Gehälterabkommen getroffenen Abmachungen vollends Rechnung getragen wird. Somit soll sichergestellt werden, dass der Gesetzentwurf schnellstmöglich auf den Instanzenweg geschickt wird, damit die Beseitigung dieses willkürlichen Systems – mit Rückwirkung zum 1. Januar 2023 – endlich in Kraft treten kann.

Die im Gehälterabkommen unter Punkt 10 vereinbarte Abschaffung des Bewertungssystems ist unmissverständlich klar. Darin heißt es, „le système d'appréciation sera aboli avec effet au 1^{er} janvier 2023. Toutefois, ce système sera maintenu pour les fonctionnaires stagiaires et les employés de l'État en période d'initiation.“



Unbestreitbar ist, dass es sich hier um das gesamte Bewertungssystem handelt und nicht um dieses oder jenes Benotungssystem, das für eine bestimmte Verwaltung oder öffentliche Einrichtung spezifisch ist.

Zu keinem Zeitpunkt hatte die Dreierkoalition auf mögliche Ausnahmeregelungen in auch nur einem Bereich des öffentlichen Dienstes hingewiesen. Von derartigen Einschränkungen war weder während der Gehälterverhandlungen noch bei der Unterzeichnung des Besoldungsabkommens die Rede.

Erschwerend hinzu kommt, dass die damalige Regierung die Änderungsanträge zur Armee reform am vergangenen 26. Juni eingereicht hatte. Die Tatsache, dass mit dem neu verfassten Artikel 32 klammheimlich das Bewertungssystem bei den Militärangehörigen wiedereingeführt werden sollte, brachte die CGFP zur Weißglut, denn diese Bestimmung steht im krassen Widerspruch zum Gehälterabkommen.

Unmittelbar nach dem Einreichen der oben genannten Änderungsanträge fand auf Initiative der CGFP eine spontane Unterredung mit den damals für die Armee und den öffentlichen Dienst zuständigen Ressortministern statt. Beide Regierungsmitglieder waren jedoch nicht gewillt, ihren kolossalen Fehltritt einzusehen. Im Gegenteil: Mit fadenscheinigen Argumenten versuchte insbesondere der Armeeminister den CGFP-Vertretern weißzumachen, dass dieses Benotungssystem schon immer innerhalb der Armee angewandt worden sei.

Diese haarsträubende Behauptung ist schlichtweg falsch! Fakt ist, dass die Armeeangehörigen seit 2019 nach dem für den gesamten Staatsdienst allgemein gültigen Bewertungssystem benotet werden. Genau diese Praktik wurde jetzt im Zuge des jüngsten Gehälterabkommens abgeschafft.

Nachdem die Gespräche mit den politisch Verantwortlichen gescheitert waren, leitete die CGFP aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des CGFP-Nationalvorstands am 19. Juli ein Schlichtungsverfahren gegen die Regierung ein. Die politischen Entscheidungsträger zeigten jedoch keine Einsicht. Zwei Tage nach dem von der CGFP eingeleiteten „Litige“ wurde der höchst umstrittene Artikel 32 im Parlament verabschiedet.

Eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit

Mit Befremden stellte die CGFP fest, dass sich der offensichtlich schlecht beratene neue Minister für den öffentlichen Dienst in einem Schreiben an die Schlichterin dafür aussprach, das CGFP-Verfahren für unzulässig zu erklären. Wenn der Minister dieser Angelegenheit so viel Bedeutung beimisst, hätte man erwarten können, dass er die Regierungsdelegation anführe, statt den Gesprächen fernzubleiben, hieß es am vergangenen 12. Januar in einer CGFP-Pressemitteilung. Gleichzeitig wurde die Frage aufgeworfen, ob sich das neue Regierungsmitglied der ganzen Tragweite bewusst sei.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sowohl der Premierminister und der Beamtenminister als auch der Präsident des zuständigen Parlamentsausschusses jener Partei angehören, die vor der Abstimmung des Armeegesetzes lauthals auf das Prinzip „pacta sunt servanda“ gepocht hatte. Jetzt, wo diese Partei in der Regierungsverantwortung steht, hat sie offensichtlich über Nacht ihre Meinung geändert. Ein solcher Zickzackkurs ist alles andere als glaubwürdig.

Für die CGFP ist es deshalb unverstänlich, dass die Regierungsdelegation dafür plädierte, das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren

abzulehnen. Von Anfang an hatte die CGFP eine vernünftige Haltung in dieser Angelegenheit eingenommen. Von all denen ihr zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln hatte sie sich mit Bedacht dafür entschieden, eine Lösung am Verhandlungstisch zu finden. Sie hatte dabei bewusst darauf verzichtet, andere weitaus folgenschwerere Mittel anzuwenden. Noch vor dem Beginn der ersten Schlichtungsrunde rief sie die Regierung dazu auf, ein Zeichen der Kompromissbereitschaft zu senden. Somit hätte das Schlichtungsverfahren auf Eis gelegt werden können. Die Regierung blieb jedoch unnachgiebig und schaltete auf stur.

Falsche Behauptungen

Bei der ersten Schlichtungsrunde am 5. Dezember unternahm die Regierungsdelegation allerlei Verrenkungen, um nicht über den Kern des Anliegens zu diskutieren. Um die Zulässigkeit des CGFP-Schlichtungsverfahrens infrage zu stellen, wurde von der Gegenseite fälschlicherweise behauptet, die CGFP habe sich beim Adressaten geirrt. Die Regierung sei am vorliegenden Rechtsstreit „nicht beteiligt“, da die angefochtenen Maßnahmen von einem bestimmten Gesetz stammen würden. Außerdem wurde der CGFP vorgeworfen, einen „allgemeinen“ statt einen „sektoriellen“ Rechtsstreit eingeleitet zu haben. Die strittigen Maßnahmen und Bestimmungen würden nur einen Bereich, nämlich die luxemburger Armee betreffen, hieß es weiter.

Die von der Regierungsseite angeführten Argumente sind – gelinde gesagt – an den Haaren herbeigezogen. Gemäß der Verfassung ist es nicht möglich, den Staat, der eine einheitliche Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts darstellt, in verschiedene Gewalten zu unterteilen.

Unwürdig für einen Rechtsstaat

In der zweiten Schlichtungssitzung am 12. Januar ließ die Vorsitzende wissen, dass die Zusammensetzung der CGFP-Delegation nicht rechtmäßig sei, weil nach ihrem Ermessen nur ein Teil des öffentlichen Dienstes betroffen sei.

Diese Einschätzung ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass es sich hier um einen eindeutigen Verstoß gegen das Gehälterabkommen handelt, sodass die CGFP an ihrer bisherigen Haltung festhalten wird.

Der CGFP-Nationalvorstand wird über die weitere Vorgehensweise entscheiden. (Anm. d. Red.: Die Sitzung wird nach Redaktionsschluss stattfinden. Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten.)

Fest steht, dass die CGFP weitere Schritte einleiten wird. Die gewerkschaftlichen Mittel werden so lange schrittweise erhöht, bis die Regierung einlenkt und das Bewertungssystem im Gesamtstaat bedingungslos beseitigt wurde.

Die Verletzung des Lohnabkommens stellt einen gravierenden Vertragsbruch dar, der eines Rechtsstaates nicht würdig ist. Darüber müsste sich auch der selbst ernannte „CEO der Regierung“ Luc Frieden als ehemaliger Anwalt und Ex-Justizminister im Klaren sein.





Anlässlich ihrer jüngsten „Conférence des Comités“ demonstrierte die CGFP in Anwesenheit der Politprominenz Stärke und Geschlossenheit.

57. CGFP-Vorständekonferenz

Mehr Kaufkraft statt Sparmaßnahmen mit sozialen Einschnitten

Die Themenpalette der CGFP-Vorständekonferenz, die am vergangenen 4. Dezember stattfand, war auch dieses Mal breit gefächert. Sie reichte vom Regierungsprogramm bis hin zur schleppenden Umsetzung zahlreicher Vereinbarungen, die mit der CGFP getroffen wurden. An die politisch Verantwortlichen ging der Aufruf, eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft und zur Bekämpfung der Wohnungsnot in die Wege zu leiten. Gefordert wurden zudem eine gerechtere Steuerpolitik sowie der integrale Erhalt des bestehenden Indexmechanismus. Die CGFP warnte zugleich die Regierung vor Verschlechterungen bei der Altersversorgung.

Die alljährliche „Conférence des Comités“ hat erneut eindrucksvoll gezeigt, dass die CGFP eine lebendige, tatkräftige und solidarische Gewerkschaft ist. Trotz der widrigen Wetterbedingungen hatten sich rund 400 Delegierte im Festsaal des „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen eingefunden.

In seiner Begrüßungsansprache hieß CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff die zahlreich erschienenen Abgeordneten aller politischen Couleure sowie die vielen Ehrengäste willkommen. Insgesamt war ein Viertel der 60 Volksvertreter anwesend. Die Liste wurde von

der DP angeführt, die mit sechs ihrer 14 Parlamentarier an dem traditionellen CGFP-Großereignis teilnahm. Danach folgten die CSV und die ADR mit jeweils drei Abgeordneten. Die LSAP und déi Gréng schickten einen Vertreter nach Dommeldingen. Es ist schon merkwürdig, dass ausgerechnet die zwei Parteien déi Lénk und KPL, die sonst vorgeben, für die Rechte der Beschäftigten einzutreten, der Veranstaltung fernblieben.

Unter den zahlreichen Ehrengästen befanden sich auch die Mitarbeiter der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten sowie Vertreter der FGFC, der Ge-

werkschaft des Gemeindepersonals und Kooperationspartner der CGFP.

Zu Beginn der Vorständekonferenz ging Romain Wolff auf die derzeit herrschende angespannte internationale Lage ein. Auch wenn die Pandemie überstanden sei, setze sich der Ukraine-Krieg mit unverminderter Härte fort. Es sei schwer einzuschätzen, wie lange dieser Konflikt noch anhalten werde. Auch die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten seien „zutiefst bedenklich“. Besorgniserregend seien zudem die Zugewinne rechtspopulistischer Parteien in zahlreichen Ländern. Das mangelnde Vertrauen der Bürger in die Politik könne einer der möglichen Gründe für diese alarmierende Entwicklung sein.

2023: Ein bewegendes Jahr

Hierzulande sei 2023 u.a. von den Kommunal- und Parlamentswahlen geprägt gewesen. Mit Blick auf die im kommenden Jahr anstehenden Europawahlen rief der CGFP-Nationalpräsident jeden dazu

auf, von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen, denn alles andere stelle keine Option dar.

Bei seinem Jahresrückblick hob Wolff auch die Tripartite vom vergangenen März hervor. Diese Dreiergespräche hätten dazu gedient, einen Inflationsschock im kommenden Jahr zu vermeiden. Die Regierung, die Gewerkschaften und das Patronat hätten sich auf ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Privathaushalte und der Unternehmen geeinigt.

Die mit den Sozialpartnern – darunter die CGFP – beschlossenen Maßnahmen hätten sich als sehr nützlich erwiesen. Von größter Wichtigkeit sei die bis Ende 2024 geltende Einführung der Gas- und Strompreisbremse. Gleiches gelte für die damals beschlossene Anpassung der Steuertabelle an die Inflation um 2,5 Indexranchen und das Beibehalten des bestehenden Indexmechanismus. Das Tripartite-Abkommen bleibe bis zum 31. Dezember 2024 in Kraft.

Die Langzeitfolgen der Pandemie, die Konsequenzen des Ukraine-Kriegs und die bedrohliche Lage im Nahen Osten würden sich immer noch bemerkbar machen. Die Menschen bekämen die hohe Geldentwertung zu spüren. Die Kaufkraft nehme kontinuierlich ab. Auch die CO₂-Steuer, die zu allem Überfluss noch indexneutralisiert sei, werde weiter ansteigen. Die Lebensmittel- und Energiepreise würden sich auf einem weiterhin hohen Niveau bewegen. Es sei davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung fortsetzen werde.

Erschwerend hinzu käme, dass die Bankzinsen 2024 weiter gestiegen seien. Vielen Menschen werde kein Darlehen mehr gewährt, weil die Auflagen der Banken strenger geworden seien. Andere, die einen Kredit aufgenommen hätten, würden bei der Tilgung ihrer Schulden zunehmend ins Straucheln geraten. Das Wohnungsproblem bleibe demnach ungelöst.

Anschließend brach der CGFP-Nationalvorsitzende eine Lanze für mehr Steuergerechtigkeit. Immer noch werde



Die CGFP-Exekutive ist bestens gerüstet, um die künftigen Herausforderungen im Gleichschritt zu meistern.

das Kapital im Vergleich zur Arbeit zu wenig besteuert. Zurzeit deutet nichts darauf hin, dass die Regierung gewillt sei, etwas daran zu ändern. Dieser Umstand beschäftigt die Bürger*innen auch weiterhin nach den Wahlen.

Klärungsbedarf beim Index

Es sei begrüßenswert, dass der Index laut dem Koalitionsabkommen in seiner aktuellen Form beibehalten werden soll. Falls jedoch mehr als eine Indexbranche pro Jahr eintrete, wolle die Regierung eine Tripartite einberufen. „Was hat dies zu bedeuten? Soll das Kriseninstrument ‚Tripartite‘ lediglich dazu dienen, den Index zu manipulieren?“ All diese Fragen warf Romain Wolff auf. Sollte es tatsächlich darauf hinauslaufen, könne die CGFP in keinem Fall dafür ihr Einverständnis geben.

Danach setzte sich der Redner mit der Steuerpolitik auseinander und zitierte dabei diesbezügliche Passagen aus dem Koalitionsabkommen: „Le Gouvernement entamera les travaux en vue de la mise en place d’une classe d’impôt unique avec l’engagement de présenter un projet de réforme pour l’année 2026.“

Für die CGFP bleibe es schleierhaft, warum die Regierung den Entwurf der längst überfälligen Steuerreform nicht im kommenden Jahr, sondern frühestens 2026 vorlegen wolle. Bis die Abgeordneten über den entsprechenden Gesetzentwurf abstimmen könnten, würden locker ein bis zwei Jahre verstreichen.

Somit werde die Steuerreform möglicherweise erst unmittelbar vor den nächsten Parlamentswahlen verabschiedet. Dabei sei davon auszugehen, dass die Vorarbeiten längst abgeschlossen seien und nur noch aus der Schublade gezogen werden müssten. „Oder hat die neue Koalition grundlegend andere Ideen in Bezug auf diese Reform? Besteht überhaupt der Wille ein solches Vorhaben, das jede Partei im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt hatte, in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen?“, hakte der CGFP-Nationalpräsident kritisch nach. All diese Fragen seien bislang einer Antwort schuldig geblieben.

Im Anschluss daran befasste sich Romain Wolff mit den von der CSV-DP-Mehrheit in Aussicht gestellten Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen. Im Regierungsprogramm heißt es diesbezüglich: „Le Gouvernement s’engage à adapter le moyen terme les taux de l’impôt sur le revenu des collectivités et de l’impôt commercial communal de manière à les rapprocher à la moyenne applicable dans les pays de l’OCDE. Des allègements fiscaux au profit des petites et moyennes entreprises seront examinés.“

Ungerechte Verteilung der Steuerlast

Hierbei handele es sich wohlgemerkt um den nominalen Steuersatz für Kapitalgesellschaften. Der effektive Steuersatz bleibe meistens unbekannt. Falls dennoch diesbezügliche Angaben vorhanden seien, sei der „taux effectif“ wesentlich geringer als der „taux nominal“.

Bei den Unternehmen sei der Steuersatz (also die globale Steuerlast, die sich aus der Gewerbe- und Körperschaftsteuer zusammensetzt) in den Jahren 1990 bis 2020 von sage und schreibe 40,62 % auf 24,94 % gesunken. Im Klartext: 2002 hätten die natürlichen und moralischen Personen noch jeweils die Hälfte der Steuerlast gestemmt. Mittlerweile gebe es hier ein großes Ungleichgewicht. Inzwischen würden die Privathaushalte rund drei Viertel der Steuerlast schultern, die Betriebe lediglich ein Viertel.

Auch wenn jetzt die Steuertabelle – nach einer gefühlten Ewigkeit und zudem nur teilweise – zum 1. Januar 2024 um vier Indexbranchen an die Inflation angepasst werde (Anm. d. Red.: 2,5 dieser Indexbranchen waren bereits beim letzten Tripartite-Abkommen beschlossen worden), halte die CGFP nach wie vor an ihrer Forderung nach einer integralen automatischen Anpassung fest.

Sollte die Regierung gemäß dem Koalitionsabkommen die Steuern für die Unternehmen senken, bleibe zu hoffen, dass dies nicht zulasten der Steuerzahler gehe. „Die Frage, wer diesen Steuerausfall schlussendlich bezahlen muss, ist nicht beantwortet“, stellte Wolff klar. Steuerentkürzungen zugunsten von kleinen und mittelständigen Unternehmen seien nachvollziehbar. Es sei jedoch höchste Zeit, dass Großkonzerne, die jedes Jahr Riesengewinne einfahren, zumindest eine vernünftige Minimalsteuer entrichten.

In diesem Zusammenhang schilderte der CGFP-Vorsitzende anhand eines konkreten Beispiels die Lage der Steuerzahler. Bei einem bereinigten steuerpflichtigen Einkommen („revenu imposable ajusté“) zwischen 43.953 und 45.897 Euro werde ein marginaler Steuersatz von 38 % angewandt. Hinzu komme die Solidaritätssteuer, die in der Regel 7 % betrage.

Für eine sofortige Steuerreform

Zur Bekämpfung des sogenannten „Mittelstandsbockel“ bestehe dringender Handlungsbedarf. Romain Wolff wandte sich mit diesen Worten an die politisch Verantwortlichen: „Die neue Regierung, die am 17. November vereidigt wurde, muss ab sofort eine Steuerreform auf den Tisch legen und nicht erst 2026. Die Pandemie kann dieses Mal nicht mehr als Ausrede herhalten.“

Aus CGFP-Sicht hätte das im Dezember 2022 mit der Regierung ausgehandelte Gehälterabkommen vor den Parlamentswahlen umgesetzt werden müssen. Erfreulicherweise sei ein Teil dieser Übereinkunft bereits verabschiedet worden.

Mit einer Prise Humor zog Wolff eine Parallele zur Kinowelt. Am Ende eines Films erscheine häufig folgender Abspann: „Die Personen und die Handlung des Films sind frei erfunden. Etwaige Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Begebenheiten oder lebenden bzw. verstorbenen Personen wären rein zufällig.“

Schön wäre es, wenn die nachstehenden Schilderungen frei erfunden seien, bemerkte der CGFP-Nationalvorsitzende. Leider treffe jedoch das Gegenteil zu. Was jetzt folge, sei kein Film, sondern bitterer Ernst, warnte der Redner die Delegierten. Dabei werde er peinlichst genau auf seine Wortwahl achten. Konkret gehe es um das Bewertungssystem. Dabei liege die Betonung auf „System“.

In diesem Zusammenhang gelte es, zwischen dem Inhalt und der Form zu unterscheiden. Was Ersteres betreffe, so habe die CGFP im Dezember 2022 ein Abkommen mit dem damaligen Minister für den öffentlichen Dienst unterzeichnet. Ein Kernelement davon sei die Abschaffung des Bewertungssystems im gesamten Staatsdienst. Dieser Punkt sei für die CGFP von größter Wichtigkeit.

Es sei nicht tragbar, dass das Bewertungssystem – wie mit der damaligen Regierung vereinbart – in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes abgeschafft werde und zugleich woanders wieder ein neues Benotungssystem entstehe. „Wir lassen nicht zu, dass man sich



„Die neue Regierung muss ab sofort eine Steuerreform auf den Tisch legen und nicht erst 2026. Die Pandemie kann dieses Mal nicht mehr als Ausrede herhalten.“

Romain WOLFF

über uns lustig macht“, erzürnte sich Wolff.

Auch was die Form anbelange, gebe es einiges zu beanstanden, hieß es weiter. Die Art und Weise, wie die Verantwortlichen eine im Widerspruch zum Gehälterabkommen stehende Bestimmung in das neue Armeegesetz eingefügt hätten, sei „unter aller ‚Klarinette‘“. Lediglich in einem spezifischen Punkt könne die CGFP wegen der Nicht-Einhaltung des Besoldungsabkommens nicht einverstanden sein.

Das betreffende Gesetz beinhalte positive Ansatzpunkte, auf die die Militärangehörigen seit Langem gewartet hätten. Die CGFP sei nicht gegen die Armee-reform als solche. Die Kritik richte sich gegen den im Zuge eines Änderungsantrags eingeführten Artikel 32. Dieser sehe – im Gegensatz zum Gehälterabkommen – ein neues Bewertungssystem vor.

Zweifelhafter politischer Stil

„Das ist der Hammer“, ärgerte sich der CGFP-Vorsitzende, dies umso mehr, wo auch bei der Armee das für den Staatsdienst allgemeingültige Benotungssystem seit Jahren angewandt worden sei. Zur Rechtfertigung des Artikels 32 sei jetzt mangels besserer Alternativen ein vor 69 Jahren unterzeichneter großherzoglicher Beschluss aus der Schublade gekramt worden.

Anhand von vier Beispielen schilderte Romain Wolff den äußerst zweifelhaften politischen Stil, der zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Politik geführt habe. Die damalige Regierung habe ihre Änderungsanträge am 26. Juni 2023 eingereicht. Zuvor habe der Artikel 32 in seiner jetzigen Form nicht existiert. Offensichtlich sollte damals alles sehr schnell abgewickelt werden, ohne jegliche Transparenz walten zu lassen.

Der beste Beweis dafür sei, dass die Berufskammer der öffentlich Bediensteten nicht mit der Begutachtung des Gesetzentwurfs beauftragt worden sei, obwohl dies erforderlich gewesen wäre. Von einem Zufall könne hier jedenfalls

keine Rede sein, stellte Wolff unmissverständlich klar: „Niemand soll glauben, dass wir naiv wären!“ Dank ihrer Wachsamkeit habe die Berufskammer auf eigene Initiative hin ein diesbezügliches Gutachten erstellt.

Ein abschreckendes Beispiel für Desinformation

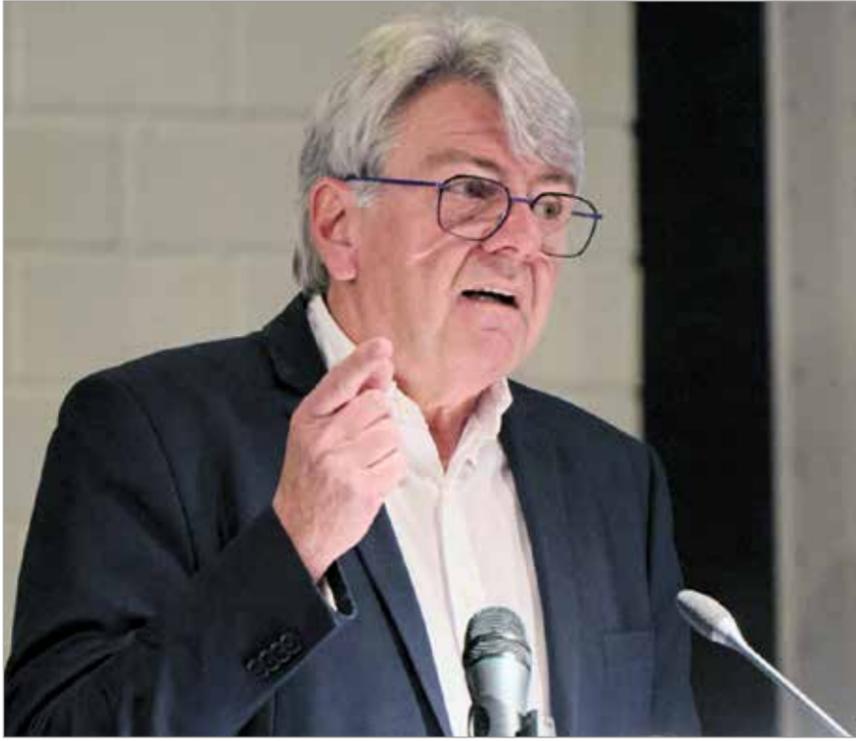
In einer kurzfristig einberufenen Sitzung mit den politisch Verantwortlichen sei der CGFP damals bestätigt worden, dass es keine übergeordnete NATO- oder EU-Norm gäbe, die die Armee zur Anwendung des Bewertungssystems verpflichte. Ausgerechnet in der letzten öffentlichen Parlamentssitzung vor den Sommerferien sei die ultimative Möglichkeit genutzt worden, das Gesetz noch vor den Parlamentswahlen zu verabschieden.

Der Auftritt des damaligen für die Armee zuständigen Regierungsvertreters im Parlament sei ein abschreckendes Beispiel dafür, wie von politischer Seite aus in dieser Angelegenheit gezielt Falschinformationen verbreitet worden seien. Besagtes Regierungsmitglied habe Behauptungen aufgestellt, die in keiner Weise dem Inhalt der CGFP-Pressemitteilungen entsprächen. Um sich zu rechtfertigen, habe der Regierungsvertreter Auszüge von belgischen, französischen und deutschen Texten vorgetragen und einige davon hinterlegt, getreu dem Motto „There is no business like show-business.“

All diese Beispiele würden den schlechten politischen Stil verdeutlichen und zudem zeigen, wie hier im hohen Maße Desinformation betrieben worden sei – auch im Beisein von anderen Volksvertretern.

Der Gesetzentwurf zur Armee-reform sei im Eilverfahren durchgepeitscht worden. „Ist diese Vorgehensweise eines demokratischen Staates würdig? Steht es einem Rechtsstaat gut zu Gesicht, wenn sich die politischen Entscheidungsträger nicht an jene Abkommen halten, die sie selbst unterzeichnet haben? Wenn die Politik noch ernst

Fortsetzung siehe Seite 8



„ Steht es einem Rechtsstaat gut zu Gesicht, wenn sich die politischen Entscheidungsträger nicht an jene Abkommen halten, die sie selbst unterzeichnet haben? “

Romain WOLFF

Fortsetzung von Seite 7

genommen werden will, dann bewirkt das, was hier geschehen ist, genau das Gegenteil“, fuhr der CGFP-Nationalpräsident fort.

CGFP duldet keinen Vertragsbruch

Der CGFP gehe es um das Prinzip. Dabei spiele es keine Rolle, ob es sich um die Armee oder um eine andere Verwaltung handele. Die Abschaffung des Bewertungssystems sei ein wichtiger Bestandteil des Gehälterabkommens, der eingehalten werden müsse. „Ist das so schwer zu verstehen?“, so Wolff.

Im Sinne einer glaubwürdigen Politik verstehe es sich für die CGFP von selbst, dass der Artikel 32 aus dem Armeegesetz schnellstens gestrichen werden müsse. Alles andere käme einem Vertragsbruch gleich.

„Zufälligerweise“ finde die erste Sitzung im CGFP-Schlichtungsverfahren gegen die Regierung einen Tag nach der Vorstandskonferenz statt. Das Anliegen betreffe den gesamten Staatsdienst. Folglich bleibe zu hoffen, dass sich die Regierungsdelegation aus Vertretern zusammensetze, die dazu berechtigt seien, für den ganzen öffentlichen Dienst Stellung zu beziehen.

Sollte die neue Regierung die Ansicht der CGFP teilen und den oben beschriebenen Fakten Rechnung tragen, bleibe noch ausreichend Zeit, um im Vorfeld

der ersten Schlichtungsrunde ihre Bereitschaft zu bekunden, dieses grundlegende Problem ohne viel Aufhebens zu lösen. Falls sich die Regierung jedoch weigere, dieses Problem anzugehen, sei die CGFP bestens gerüstet. An die Delegierten ging der Aufruf, sich bereit zu halten, da ihre Unterstützung vielleicht bald gebraucht werde. „Mir zielen op lech an Dir kënnst op eis zielen“, lautete die Kampfpapole von Romain Wolff.

Als nächster Redner stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger mit Genugtuung fest, dass die Vorstandskonferenz erneut in ihrer gewohnten Form ohne jegliche Einschränkungen stattfinde. Es sei schon fast in Vergessenheit geraten, dass dies vor zwei Jahren noch nicht der Fall gewesen sei. Lediglich eine Handvoll von Delegierten hätten damals dem alljährlichen Treffen beigewohnt. Sie hätten weit voneinander gesessen und Masken getragen.

Die diesjährige „Conférence des Comités“ habe jedoch eine Gemeinsamkeit mit den vorigen Ausgaben: Die Welt werde einfach nicht besser! Zunächst setzte sich Heiliger mit der internationalen Lage auseinander. Vor zwei Jahren habe man noch inmitten der Pandemie gesteckt. 2022 habe der russische Einmarsch in die Ukraine im Rampenlicht gestanden – auch fast zwei Jahre nach

Kriegsbeginn setze sich dieser brutale Konflikt fort.

Auch im Gaza-Streifen sei nach zwei-monatigen Auseinandersetzungen immer noch kein Ende in Sicht. Hinzu kämen all jene weltweiten Kriegsschauplätze, die von den Medien weniger beachtet würden. Neben dem unendlichen menschlichen Leid, das dadurch verursacht werde, seien die Kriegsauswirkungen bis in unsere Breitengraden spürbar.

Wachsende Armut in Luxemburg

Ein Großteil der Flüchtlinge seien nicht freiwillig, sondern aus Angst vor dem Tod aus ihrer Heimat geflohen – und dies im 21. Jahrhundert. In Luxemburg würden die Flüchtlingsstrukturen jetzt schon an ihre Grenzen stoßen. Neben all diesen menschlichen Dramen kämen noch die wirtschaftlichen Folgen hinzu.

Natürlich könne man zum Schluss gelangen, dass es den hiesigen Einwohnern noch recht gut gehe. Richte man jedoch den Fokus auf Luxemburg, werde einem schnell bewusst, dass sich auch hier die Lage bei vielen Menschen verschlechtert habe. Die Armut nehme zu. Inzwischen würden 17,4 % der Bevölkerung an der Armutsgrenze leben. 30 % derjenigen, die in Vollzeit beschäftigt seien, befänden sich am Rande der Armut.

Sogar mit zwei Einkommen werde es für viele Bürger zunehmend schwieriger, sich ein Haus oder eine Wohnung anzuschaffen. Dies gelte insbesondere für jene Menschen, die von zu Hause aus keine Unterstützung erhielten. Die exorbitanten Preise am Wohnungsmarkt und die seit Monaten steigenden Zinsen hätten die Lage nur noch verschärft. Immer wieder werde behauptet, die Banken kämen ihren Kunden entgegen. Die Kreditlaufzeit könne gestreckt werden, um die Ratenzahlungen niedrig zu halten, heiße es. Dabei erstrecke sich die Laufzeit jetzt schon über 30 oder 40 Jahre und belaste somit gleich mehrere Generationen am Stück.

Der Wohnungsbau sei mit Sicherheit eine, wenn nicht sogar die größte Herausforderung, mit der die neue Regierung konfrontiert sei. Getrost könne man behaupten, dass auf diesem Gebiet nicht nur die Vorgängerregierung kläglich versagt habe.

Statistenrolle für den Staatsdienst

Das Koalitionsabkommen, das jetzt vorliege, beinhalte einige positive Ansätze in jenen Bereichen, die für die Menschen – und somit auch für die CGFP – von größter Bedeutung seien, wie z.B. die Steuer- und Wohnungspolitik. In vielen Punkten bleibe der Text jedoch sehr oberflächlich. Bis auf eine oder zwei Ausnahmen seien die darin erwähnten Maßnahmen nicht beziffert und zudem oft zeitlich begrenzt.

Im Vergleich zu den vorigen Koalitionsabkommen gebe es allerdings eine

Gemeinsamkeit: Der öffentliche Dienst werde erneut wie ein Stiefkind behandelt – doch mehr dazu später.

Angesichts der großen Herausforderungen sei es von absoluter Wichtigkeit, Mitglied einer starken Gewerkschaft zu sein. Die CGFP sei eine starke Bewegung. Um sich davon zu vergewissern, genüge es, einen Blick in den Saal zu werfen. Die Stärke der CGFP zeichne sich durch ihre engagierten Mitglieder und ihre sektoriellen Organisationen aus.

Als einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst lasse sich die CGFP nicht auseinanderrivieren, sondern demonstriere Zusammenhalt. Gerade in diesen schwierigen Zeiten sei einer für den anderen da. Jeder könne auf den anderen zählen. In diesem Sinne bedankte sich der CGFP-Generalsekretär bei den Mitgliedern für deren Engagement. „Eine Regierung, die meint, sie könne in wesentlichen Fragen ohne die CGFP auskommen, befindet sich auf dem Holzweg und würde sehr schnell eines Besseren belehrt werden“, betonte Heiliger.

Schutz vor bösen Überraschungen

Rückblickend auf die vergangenen zwölf Monate sei 2023 aus luxemburgischer Sicht betrachtet vor allem ein Superwahljahr gewesen, mit den jüngsten Parlamentswahlen und zuvor den Kommunalwahlen. Vor diesen beiden Urnengängen habe im März die dritte Tripartite-Runde innerhalb eines Jahres stattgefunden. Dies zeige den Ernst der Lage. Erneut sei es gelungen, Lösungen im Konsens zu finden, die sowohl die Privathaushalte als auch die Unternehmen entlasten. So habe z.B. die bis Ende 2024 geltende Energiepreisdeckelung insbesondere den Bürgern eine Planungssicherheit verschafft, die sie vor bösen Überraschungen bewahre.

Es bleibe zu hoffen, dass das sogenannte „Luxemburger Modell“, das sich erneut bewährt habe, künftig fortgesetzt werde. Auch mit einer neuen Regierung werde sich die CGFP weiterhin für den Erhalt des sozialen Friedens einsetzen. Dieser stelle einen unbestreitbaren Standortvorteil für Luxemburgs Wirtschaft dar.

Nach dieser Klarstellung kommentierte der CGFP-Generalsekretär die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Die Würfel seien gefallen: Nach zehn Jahren „Gambia“ sei ein politischer Wechsel in der luxemburgischen Politik vollzogen worden. Die schwarz-blaue Regierungsmehrheit werde in den kommenden fünf Jahren die Geschicke des Landes leiten, dies unter der Federführung eines „neie Luc“, den die CGFP jedoch aufgrund vergangener Zeiten als nicht mehr ganz so neu empfinde. Die eine oder andere Erinnerung sei der CGFP im Gedächtnis geblieben, sagte Heiliger mit einem Augenzwinkern.



Als parteipolitisch unabhängige und ideologisch neutrale Berufsorganisation sei die CGFP in der Lage, mit jedem zu verhandeln und – falls notwendig – auch zu streiten. Als neutrale Organisation sei die CGFP zunächst einmal die gewerkschaftliche Heimat für jeden, der im öffentlichen Dienst arbeite – und dies unabhängig von dessen persönlichen Überzeugungen.

Keine Rücksicht auf politische Befindlichkeiten

Sollte es erforderlich sein, könne die CGFP jeder Regierung die Stirn bieten. Sie sei jederzeit bereit, für die Interessen ihrer Mitglieder und darüber hinaus für die Anliegen aller Staatsbediensteten einzutreten. Die CGFP müsse dabei keine Rücksicht auf politische Befindlichkeiten nehmen. Diese Stärke sei der Schlüssel ihres Erfolgs.

In Anbetracht ihrer absoluten Neutralität habe die CGFP 2023 darauf verzichtet, eine Wahlempfehlung vor der Stimmenabgabe auszusprechen. Auch in diesem Punkt sei die CGFP ihrer Linie treu geblieben. Gemäß ihrer langjährigen Tradition habe die CGFP jedoch die Parteien mit einem umfassenden Fragenkatalog konfrontiert.

Die aussagekräftigen Fragen, die im Rahmen der CGFP-Wahlprüfsteine gestellt worden seien, hätten sich nicht nur auf den öffentlichen Dienst beschränkt, sondern auch eine Vielfalt von anderen relevanten Themengebieten einbezogen. Neben der Steuer- und Sozialpolitik hätten u.a. der Wohnungsbau, die Gesundheit sowie die Klimapolitik dazu gehört.

Die CGFP gehe fest davon aus, dass die Antworten, die sie damals von den zwei neuen Regierungsparteien erhalten habe, auch nach den Parlamentswahlen weiterhin ihre Gültigkeit behalten werde – vor allem, was den Bereich des öffentlichen Dienstes betreffe – aber auch darüber hinaus.

„Steuererleichterung für jiddereen“, sei einer der Wahlsprüche gewesen, die jedoch seit dem 8. Oktober verstummt seien. Schon am dritten Tag der Sondierungsgespräche zwischen der CSV und der DP habe der „neue Luc“ in seiner Eigenschaft als Formateur vor

laufender Kamera mit ernstem Gesichtsausdruck von einer „äußerst schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation“ gesprochen. Von „Steuererleichterungen für jeden“, was ohnehin eine sehr mutige Aussage gewesen sei, gehe inzwischen keine Rede mehr. Somit sei schnell der Weg für Spekulationen in alle Richtungen im Hinblick auf die künftige Finanzpolitik geebnet worden.

Unmittelbar danach sprach Steve Heiliger eine deutliche Warnung aus: „Über Sparprogramme zulasten der Privathaushalte nachzudenken und diese auch noch umzusetzen, wäre der größte Fehler, den die heutige Regierung begehen könnte.“

Dabei wisse jeder Wirtschaftsstudent gleich zu Beginn seines Studiums, dass gerade in schwierigen Zeiten nur eine antizyklische Haushaltspolitik die angemessene Antwort sein könne, um die Konjunktur anzukurbeln und somit ein stabiles langfristiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Die CGFP-Vorstandskonferenz sende eine klare Botschaft an die Politik: „Sparmaßnahmen auf Kosten der Privathaushalte sind nicht mit der CGFP vereinbar.“

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen

In der Vergangenheit habe die Sparpolitik bereits des Öfteren in eine Sackgasse geführt. Die Gambia1-Koalition habe diese schmerzliche Erfahrung mit ihrem sogenannten „Zukunftspaket“ gemacht. Schon zuvor sei es der damaligen Juncker-Regierung nach der Finanzkrise ähnlich ergangen. Jetzt gelte es, nicht die gleichen Fehler zu begehen. Der soziale Frieden habe seinen Preis. „Méi netto vum Brutto“, „méi an d'Täsch“, all diese Aussagen und Wahlversprechen müssten nach den Wahlen eingehalten werden.

Eines der Hauptanliegen des CGFP-Forderungskatalogs sei nach wie vor eine umfassende Steuerreform, um mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen. Diese Reform sei in der Tat schon im vorigen Koalitionsabkommen erwähnt worden. In der zurückliegenden Legislaturperiode sei dieses Vorhaben nicht verwirklicht worden. Die Politik habe dies stets mit der Corona-Krise begründet. Die CGFP sei jedoch heute wie damals der



„Über Sparprogramme zulasten der Privathaushalte nachzudenken und diese auch noch umzusetzen, wäre der größte Fehler, den die heutige Regierung begehen könnte.“

Steve HEILIGER

Meinung, dass ausreichend Handlungsspielraum vorhanden gewesen wäre, um zumindest eine teilweise Steuerreform umzusetzen. Diesbezüglich bestehe auf jeden Fall Handlungsbedarf. Dieses Mal reiche jedoch eine Teilreform im Steuerbereich nicht aus.

Steuerpolitik: Viel Luft nach oben

Zu Unrecht müssten die Privathaushalte bei den direkten Steuern fast drei Viertel des Steueraufkommens aufbringen. Die Unternehmen würden hingegen gerade mal ein Viertel erbringen. Vor etlichen Jahren hätten beide Seiten die Steuerlast noch jeweils zur Hälfte gestemmt. Dieses Verhältnis gelte es, wie-

der ins Gleichgewicht zu bringen. Eine wahre Steuergerechtigkeit sehe anders aus, als es derzeit gehandhabt werde.

Zu den wichtigen Steuermaßnahmen gehöre u.a. die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation. Bei der letzten Tripartite im März habe sich die Regierung zu Beginn geweigert, dieses Thema anzugehen. Die damalige Finanzministerin habe in diesem Zusammenhang von einem „finanzpolitischen Harakiri“ gesprochen.

Erst auf Drängen der Gewerkschaften, vor allem von der CGFP, sei die Anpassung der Steuertabelle schließlich am letzten Verhandlungstag nachmittags

Fortsetzung siehe Seite 11



57. CGFP-Vorstandskonferenz

Die Gäste der Conférence des Comités

Alternativ

Demokratisch Reformpartei (ADR)

Fred Keup, *Parteipräsident*

Fernand Kartheiser, *Abgeordneter*

Alexandra Schoos, *Abgeordnete*

Christlich-Soziale Volkspartei (CSV)

Marc Spautz, *Fraktionspräsident*

Diane Adehm, *Abgeordnete*

Maurice Bauer, *Abgeordneter*

Déi Gréng

Joëlle Welfring, *Abgeordnete*

Demokratische Partei (DP)

Gilles Baum, *Fraktionspräsident*

Corinne Cahen, *Abgeordnete*

Fernand Etgen, *Abgeordneter*

Gusty Graas, *Abgeordneter*

Mandy Minella, *Abgeordnete*

Gerard Schockmel, *Abgeordneter*

Lëtzebuurger

Sozialistesche Aarbechterpartei (LSAP)

Liz Braz, *Abgeordnete*

Piraterpartei (PPL)

Ben Polidori, *Abgeordneter*

**FONDATION
CGFP DE SECOURS**

CGFP  **-SERVICES**

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.

Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1111 0733 4614 0000



(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

Fortsetzung von Seite 9

auf die Agenda gesetzt worden. Das Ergebnis sei hinlänglich bekannt: ein Steuerkredit, vergleichbar mit einer Angleichung von zwei Indextranchen für 2023 und einer Anpassung in Höhe von 2,5 Indextranchen zum 1. Januar 2024.

Auch wenn jetzt zum 1. Januar eine Anpassung in Höhe von vier Indextranchen erfolge, sei es damit nicht getan. Der Steuerzahler dürfe nicht bei jeder in Kraft tretenden Indextranche der Verlierer sein. Infolgedessen fordere die CGFP eine integrale und systematische Anpassung der Steuertabelle an die Geldentwertung gemäß dem Prinzip des Automatismus.

Steuerreform bleibt finanzierbar

Nach jahrelangem Hin und Her habe die CGFP dafür gesorgt, dass die Steuerreform auf die Tagesordnung der letzten Tripartite-Sitzung gelangt sei. Auch in Zukunft werde sich die CGFP diesbezüglich zu Wort melden. In Zeiten schwindender Kaufkraft, die sich durch die Inflation und die hohen Zinsen bemerkbar mache, sei die Steuerpolitik eine wesentliche Komponente des Sozialdialogs. Die Früchte der Arbeit müssten gerechter verteilt werden.

Bei der Einkommensbesteuerung der Beschäftigten verfüge Luxemburg über eine schrittweise Steuertabelle. Steige das Einkommen nominal, blühe der betreffenden Person nach und nach ein höherer Steuersatz. Dies sei auch dann der Fall, wenn die Erhöhung nur einem Index-Ausgleich entspreche, ohne dass eine Verbesserung der Kaufkraft eintrete. Der Grund dafür sei die nicht-indexierte Steuertabelle.

Einzig und allein die Steuerlast der Beschäftigten sei derart stark gestiegen. Die Unternehmen würden nicht mit diesem Problem konfrontiert, da ihre Gewinne nicht mit einem schrittweisen, sondern mit einem festen Steuersatz behaftet seien. Somit habe sich die Steuerlast in den vergangenen 20 Jahren automatisch von den starken auf die schwachen Schultern verlagert.

Die Vorständekonferenz sei nicht der richtige Ort, um auf alle Einzelheiten der erforderlichen Steueränderungen einzugehen. Jetzt gelte es, all denjenigen, die plötzlich behaupten, dass aufgrund der aktuellen Lage einfach keine Steuerreform mehr finanzierbar sei, Paroli zu bieten.

Fakt sei, dass Luxemburgs Staatsfinanzen von allen internationalen Ratingagenturen mit dem „Triple A“ eingestuft würden. Die vor wenigen Wochen eingegangene Bestätigung, dass Luxemburg möglicherweise eine Rezession blühe (Anm. d. Red.: Inzwischen liegt die STATEC-Bestätigung vor), habe die Ratingagenturen nicht dazu bewogen, ihre Bewertungen zu korrigieren. Luxemburgs Staatsfinanzen würden stets zu den weltweit gesündesten zählen. Dabei spiele es keine Rolle, welches Organismus die Analysen durchgeführt habe.

Für eine zielorientierte Politik

Seit einigen Monaten gebe es einen kurzfristigen Konjunkturerinbruch zu verzeichnen. Dieser habe jedoch keinen Einfluss auf die strukturelle Lage. Die Konjunktur beruhe auf vorübergehende und zyklische Bewegungen – nicht mehr und nicht weniger. Wenn man der Bruttostaatsschuld die Reserven des „Fonds de compensation“ gegenüberstelle, dann gebe es netto betrachtet überhaupt keine Staatsschuld mehr. Zu dieser Schlussfolgerung seien auch die Ratingagenturen ausdrücklich gelangt.

Die im Wahlkampf versprochenen Steuerermäßigungen würden im Regierungsprogramm nicht infrage gestellt. Die neuen pessimistischen Prognosen, die im Laufe der Koalitionsverhandlungen vorgelegt worden seien, hätten auch den Formateur eigenen Aussagen zufolge nicht überzeugt.

Wenn die neue Regierung eine substanzielle Steuerentlastung für die Arbeitnehmer angehe, sei ihr die Unterstützung der CGFP gewiss.

In Bezug auf den öffentlichen Dienst habe bereits vor den Wahlen ein breiter politischer Konsens geherrscht, dass Luxemburg auch in Zukunft einen leistungsstarken öffentlichen Dienst brauche, um den unzähligen Herausforderungen zu begegnen: eine hohe Inflation, der Klimawandel, die Energiewende und die Digitalisierung, um nur diese zu nennen. Die Palette sei breit gefächert und die Liste ließe sich fortführen.

Gerade vor diesem Hintergrund seien Maßnahmen, die die Attraktivität des öffentlichen Dienstes dauerhaft steigern, unumgänglich. Die Bürger*innen hätten zu Recht das Bedürfnis nach einem zuverlässigen Staat, der sie in Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung schütze und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einstehe.

Die CGFP habe deshalb beim Antrittsbesuch des neuen Beamtenministers eine offensive und zielorientierte Politik im Interesse des Landes, aber vor allem auch im Sinne des öffentlichen Dienstes gefordert.

Angesichts der vielen Herausforderungen, die sich stellen, müsse der Staatsdienst die nötigen Mittel erhalten, damit seine Mitarbeiter den Erwartungen, die zurecht an sie gestellt würden, vollkommen gerecht werden könnten. „Der öffentliche Dienst ist kein Staatsapparat aus der Mottenkiste, wie es immer noch ab und zu fälschlicherweise in der Öffentlichkeit dargestellt wird, sondern ein zuverlässiger Anbieter von modernen Dienstleistungen, der wesentlich zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Luxemburg beiträgt“, unterstrich der CGFP-Generalsekretär unter tosendem Beifall.

CGFP: Exklusiver Verhandlungspartner der Regierung

Zu einem attraktiven öffentlichen Dienst gehöre auch ein modernes und zeitgemäßes Arbeitsumfeld. Genauso wichtig seien das Wohlbefinden am Arbeitsplatz und eine kontinuierliche Lohnpolitik, um u.a. Talente anzuziehen, zumal der Staat hier im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stehe.

Unter diesem Gesichtspunkt sei es von absoluter Wichtigkeit, mit der CGFP gute und vernünftige Gehälterabkommen abzuschließen. Als verantwortungsvoller Sozialpartner setze sich die CGFP in erster Linie gemäß ihrem Auftrag mit aller Entschlossenheit für die Belange ihrer Mitglieder ein, ohne jedoch dabei die Interessen des Landes aus den Augen zu verlieren. Nur eine CGFP als einzige national repräsentative Gewerkschaftsorganisation für den öffentlichen Dienst sei dieser Aufgabe gewachsen.

Die CGFP meistere dies sehr gut. Die Vergangenheit habe dies eindrucksvoll gezeigt, so Heiliger: „Wir brauchen da keine Hilfe. Die Ergebnisse der Sozialwahlen im öffentlichen Dienst sprechen Klartext.“ Bei den letzten Berufskammerwahlen im Staatsdienst habe die CGFP 21 der 22 möglichen Sitze errungen. Damit sei die Frage der nationalen Repräsentativität schnell beantwortet. „Schuster bleib bei deinem Leisten! Es kann nicht sein – wie eine Person in den RTL-Kommentar-



CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger (links) und Vizepräsident Gilbert Goergen erfreuen sich über die zahlreich erschienenen Delegierten.

spalten schrieb – dass auf einmal „Jenny a Manny“ mitreden wollen“, setzte Steve Heiliger nach.

Für die CGFP stehe jedenfalls fest, dass bei einem solchen Wahlergebnis ausschließlich die CGFP dazu berechtigt sei, mit der Regierung zu verhandeln. Der gleichen Ansicht seien auch die zwei neuen Regierungsparteien. Im Rahmen der CGFP-Wahlprüfsteine hätten beide Parteien die Frage, ob sie bereit seien, exklusiv mit der CGFP zu verhandeln, mit einem klaren „Ja“ beantwortet.

„Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wer eine andere Lesart hat, stellt nicht nur den Wählerwillen infrage, sondern auch den Kern der demokratischen Prinzipien“, schob der CGFP-Generalsekretär nach. Dabei handele es sich um einen doppelten Widerspruch: Zum einen werde ein Wahlversprechen gebrochen und zum anderen werde das Ergebnis der Berufskammerwahlen angefochten. Eine solche Vorgehensweise offenbare ein komisches Demokratieverständnis.

Auf den neuen Minister für den öffentlichen Dienst warte genug Arbeit. Der Redner meinte damit nicht nur die vielen Herausforderungen, die man gemeinsam angehen müsse, sondern vor allem auch die unzähligen wichtigen Dossiers, die immer noch im zuständigen Ministerium schlummern würden, weil sie nicht vom vorigen Amtsinhaber umgesetzt worden

seien. Konkret handele es sich um Vorhaben, bei denen seit geraumer Zeit darauf gewartet werde, dass sich endlich etwas tue. Der CGFP-Generalsekretär erinnerte an die Titelseite der Oktober-Ausgabe der „fonction publique“, die wie folgt lautete: „Im Beamtenministerium stapeln sich die Akten.“

Die To-do-Liste des Ministers

Als Beispiel nannte Heiliger das Homeoffice im öffentlichen Dienst, das wie in anderen Bereichen auch, während der Pandemie richtig an Fahrt gewonnen habe. Somit habe sich erwiesen, dass die Telearbeit auch im Staatsdienst ein umsetzbares Modell sei, vorausgesetzt, dass eine gesunde Mischung zwischen Heim- und Präsenzarbeit gewährleistet sei. Gänzlich auf die Büroanwesenheit zu verzichten, wäre keine Option, da die Gefahr einer sozialen Isolation unter diesen Umständen einfach zu groß sei.

Die Sache habe nur einen Haken. Für die Telearbeit gebe es nach wie vor keine gesetzliche Grundlage. Dabei sei man dem Ziel sehr nahe gewesen. Eine großherzogliche Verordnung, die aufgrund des CGFP-Inputs ausgearbeitet wurde, sei auf den Instanzenweg geschickt worden. Schließlich sei der Staatsrat zu dem Schluss gelangt, dass der Entwurf aufgrund der Verfassungsreform eine dem Gesetz vorbehaltene Materie und demnach nur per Gesetz umsetzbar sei.

Fortsetzung siehe Seite 12



CGFP-Finanzverwalter Patrick Remakel (rechts) im Gespräch mit CGFP-Assessor Christian Schleck.



„Liebe Regierung. Nehmen Sie unsere Einwände ernst. Sie bekommen es von uns auf dem silbernen Tablett serviert“

Steve HEILIGER

Fortsetzung von Seite 11

Der damalige zuständige Ressortminister habe der CGFP versichert, den Verwaltungen rechtzeitig zur Rentrée ein Dokument auszuhändigen, das in Erwartung des betreffenden Gesetzes als Leitfaden dienen sollte. Nichts dergleichen sei jedoch erfolgt, bedauerte der CGFP-Generalsekretär.

Die neue Regierung erhalte deshalb von der CGFP den klaren Auftrag, das Dossier des Homeoffice voranzutreiben. Erforderlich sei ein gesetzlicher Rahmen. So dürfe es z.B. nicht darauf hinauslaufen, dass ein Informatiker aus einer bestimmten Verwaltung Telearbeit verrichten könne, währenddessen seinem Kollegen aus einer anderen Verwaltung dies nicht gestattet werde, bloß weil sich dessen Vorgesetzter dagegenstemme.

Die CGFP fordere einheitliche Homeoffice-Regeln für den gesamten Staatsdienst. Für die Grenzgänger, unter ihnen viele Luxemburger, die im nahen Grenzgebiet wohnen, müssten mit den Nachbarstaaten Abkommen für eine gerechtere Besteuerung getroffen werden. Ein öffentlicher Dienst, bei dem das Risiko bestehe, dass es später ähnlich

viele Homeoffice-Modelle wie Verwaltungen gebe, sei nicht tragbar.

Ähnlich verhalte es sich mit dem Entwurf zur Arbeitszeitregelung. Im Vordergrund stehe die Umsetzung einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003, die die Beschäftigten schützen und Ausnahmen zu den allgemeingültigen Bestimmungen zulassen soll, damit bestimmte Verwaltungen ihre Arbeit noch bewältigen können.

Schnelle Lösungen im Sinne der Staatsbediensteten

Der vorige Minister habe behauptet, das Dossier liege bei der CGFP. Dem sei in der Tat so, bestätigte Heiliger. Das betreffende Dokument sei jedoch zentral zwischen der CGFP und dem Ministerium hin und her geschoben worden. Allem Anschein nach scheine es nicht möglich zu sein, der CGFP eine Fassung zu liefern, die der EU-Richtlinie gerecht werde. Zu dieser Feststellung seien jedenfalls die CGFP-Juristen gelangt, in die man vollstes Vertrauen habe.

„Liebe Regierung. Nehmen Sie unsere Einwände ernst. Sie bekommen es von

uns auf dem silbernen Tablett serviert“, mit diesen Worten richtete sich der CGFP-Generalsekretär an die politisch Verantwortlichen. Wenn die CGFP-Anregungen in den Text eingefügt würden, werde es sehr schnell zu einer Lösung kommen.

Anschließend befasste sich Steve Heiliger mit der Harmonisierung der unteren staatlichen Laufbahnen. Die Geduld der Betroffenen sei allmählich am Ende. Angesichts der vorgesehenen Rückwirkung sei es unseriös, dass sich der entsprechende Text jahrelang auf dem Instanzenweg befinde. Effizientes Arbeiten sehe anders aus. (Anm. d. Red.: Der Staatsrat hat inzwischen in seinem Gutachten die Rückwirkung infrage gestellt.)

Ähnlich verhalte es sich mit dem Entwurf zum verstärkten Rechtsschutz der öffentlich Bediensteten. Ziel sei es, ein vereinfachtes und vor allem zügigeres Verfahren sicherzustellen. Betroffene Mitarbeiter bräuchten dringend eine Rechtshilfe. Gerade in einem Notfall sei es nicht nachvollziehbar, dass der entsprechende Antrag über unzählige Hierarchieebenen eingereicht werden müsse. Ganz im Gegenteil: Hier sei schnelles Handeln notwendig.

Wo bleibt der politische Wille?

Das Ministerium des öffentlichen Dienstes sei der Ansicht gewesen, dass das Ganze einfach per Rundschreiben geregelt werden könne. Die CGFP habe sich dem erfolgreich widersetzt. Auch hier sei eine hieb- und stichfeste gesetzliche Grundlage notwendig. Die CGFP sei erneut proaktiv tätig geworden.

Im Rahmen einer CGFP-internen Arbeitsgruppe sei ein Entwurf ausgearbeitet und dem Ministerium zugeschickt worden. Einfacher könne man es den politischen Entscheidungsträgern nicht machen. An die Politik gehe deshalb der Appell, diesen Entwurf schnellstmöglich auf den Instanzenweg zu schicken. Sollte dies nicht geschehen, wäre das ein klarer Beleg für einen mangelnden politischen Willen. In diesem Fall müsse die CGFP die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Weitere wichtige Anliegen befänden sich ebenfalls in der Warteschleife, fuhr der CGFP-Generalsekretär fort. Mehrere Arbeitsgruppen seien im Rahmen des jüngsten Gehälterabkommens gebildet worden. Im Mittelpunkt stünden zunächst eine Reform des Disziplinarrechts und ein verstärkter Schutz der öffentlich Bediensteten bei Langzeiterkrankungen.

Es sei untragbar, dass Staatsbedienstete – Staatsangestellte, die mehr als ein Drittel der Belegschaft im Staatsdienst ausmachen – zehn Jahre lang vom Disziplinarrecht ausgeschlossen blieben und sich in dieser Zeitspanne in einem äußerst prekären Arbeitsverhältnis befänden.

Zudem sei es nicht vertretbar, dass langzeiterkrankte Mitarbeiter dem Risiko ausgesetzt seien, ihre Arbeitsstelle beim Staat zu verlieren. Dies habe zur Folge, dass eine spätere Rückkehr in den öffentlichen Dienst für immer ausgeschlossen sei. Zurzeit werde nicht unterschieden, ob eine Krankheit oder ein schwerwiegender Fehler zur Vertragsauflösung geführt habe. Die CGFP fordere deshalb, dass in den beiden Arbeitsgruppen Schlussfolgerungen im Sinne der öffentlich Bediensteten gezogen werden. Alles andere sei für die CGFP nicht hinnehmbar und würde bedeuten, dass kein Abkommen mit ihr möglich sei.

Steve Heiliger erinnerte die Delegierten daran, dass sich die CGFP bei der vorigen Vorstandskonferenz ausführlich mit der Gewerkschaftsfreiheit auseinandergesetzt habe. Damals seien Maßnahmen

gefordert worden, damit die Arbeitnehmervertreter ihrem gewerkschaftlichen Engagement im Interesse der Beschäftigten nachkommen könnten, ohne dabei Sanktionen oder Nachteile in der Entwicklung ihrer Laufbahn befürchten zu müssen.

CGFP-Vorschläge zur Stärkung der Gewerkschaftsfreiheit

Allein schon die Angst vor solchen Einschnitten stelle eine starke psychische Belastung dar. Innerhalb der CGFP führe zurzeit eine interne Arbeitsgruppe eine Analyse zur Ausarbeitung von konkreten Verbesserungsvorschlägen durch. Ziel sei es, die Gewerkschaftsrechte zu stärken – falls notwendig durch den Erlass von Gesetzen.

Dieser Punkt betreffe sämtliche CGFP-Mitglieder. Jeder sei hier gefordert. Ohne einen wirksamen Schutz des Arbeitnehmervertreters sei eine Gewerkschaftsarbeit nicht zu bewerkstelligen. „Wir zählen auf eure Unterstützung“, so Heiliger. Sollte kein zufriedenstellendes Ergebnis am Verhandlungstisch möglich sein, werde die CGFP andere Wege einschlagen.

Nach diesem Fazit bezog der CGFP-Generalsekretär Stellung zur Abschaffung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst. Dieses Thema liege der CGFP sehr am Herzen.

Das im Dezember 2022 ausgehandelte Gehälterabkommen spreche in diesem Punkt eine klare Sprache. Im Punkt 10 heiße es: „Le système d'appréciation sera aboli avec effet au 1^{er} janvier 2023“. Laut dieser Übereinkunft bleibe das Bewertungssystem lediglich im Praktikum bestehen. Weder während der Verhandlungen noch bei der Unterzeichnung des Abkommens seien damals Einschränkungen erwähnt worden. Niemand habe zu jenem Zeitpunkt darauf aufmerksam gemacht, dass einige Bereiche des öffentlichen Dienstes von der Abschaffung des Benotungssystems ausgeschlossen sein würden.

Inakzeptables Vorpreschen

Wenn eine Gewerkschaft ein Gehälterabkommen abschließen, sei dies immer ein verbindlicher Kompromiss. Bei einer solchen Absprache müsse man in der Regel auch auf die eine oder andere Forderung verzichten, um ein Anliegen durchzusetzen. Dies treffe z.B. auf die Abschaffung des Bewertungssystems zu. Hierbei habe es sich um eine langjährige Forderung der CGFP gehandelt, die mehrfach u.a. im Rahmen der Vorstandskonferenzen erhoben worden sei. Plötzlich sei die Politik gewillt gewesen, mit auf diesen Weg zu gehen.

Erstauulich und absolut inakzeptabel sei es jedoch, wenn eine Verwaltung der Ansicht sei, sie könne sich über den politischen Willen hinwegsetzen, indem sie ein Bewertungssystem wieder durch die Hintertür einführe.

Konkret handele es sich hier um die Luxemburger Armee. Im neuen Armeegesetz sei mit dem Hinzufügen des ominösen Artikels 32 unmittelbar vor der Abstimmung im Parlament wieder ein Benotungssystem eingeführt worden. Dieses Vorpreschen sei von derselben Regierung befürwortet worden, mit der die CGFP zuvor im Dezember 2022 das Besoldungsabkommen unterzeichnet habe. Punkt 10 dieser Vereinbarung betreffe die Abschaffung des Bewertungsmechanismus.

„Unglaublich, aber wahr, würden unsere deutschen Freunde dazu sagen“, empörte sich Steve Heiliger. Die Gegenseite habe behauptet, dass der Artikel 32 ein völlig anderer Aspekt sei, der zuvor schon immer existiert habe. Zur Recht-



fertigung sei ein Text aus den 50er-Jahren aus der Schublade gezogen worden.

Für die CGFP stelle diese Vorgehensweise einen klaren Verstoß gegen das laufende Gehälterabkommen dar. Aus diesem Anlass habe die CGFP am vergangenen 18. Juli ein allgemeines Schlichtungsverfahren gegen die Regierung in die Wege geleitet. Die erste Sitzung des Schlichtungsausschusses sollte eigentlich bereits längst stattgefunden haben. Der Termin sei jedoch auf den Tag nach der CGFP-Vorstandskonferenz verlegt worden. Die Frage, ob es sich hier noch um einen Zufall handle, sei berechtigt.

Die CGFP wolle der Gegenseite bei der Zusammensetzung ihrer Delegation nicht hineinreden. Es wäre jedoch schon erstaunlich, wenn die Regierung hohe Vertreter der Streitkräfte damit beauftragen würde, für den gesamten öffentlichen Dienst Stellung zu beziehen. Immerhin richte sich das Schlichtungsverfahren gegen die Regierung und nicht gegen die Armee als solche.

Darüber hinaus werde die CGFP die politisch Verantwortlichen aufsuchen, schlussfolgerte Heiliger. Gegenüber der neuen Regierung werde die CGFP mit aller Entschlossenheit eine Gesetzesänderung fordern, die dem Gehälterabkommen aus dem Jahr 2022 gerecht werde. Jene Partei, die jetzt den Premierminister und den Minister für den öffentlichen Dienst stelle, habe damals bei den Parlamentsdebatten vor der Verabschiedung des neuen Armeegesetzes eindeutig klargestellt, dass geltende Verträge einzuhalten seien („pacta sunt servanda“).

Leitplanken für den digitalen Wandel

In seiner Rede analysierte der CGFP-Generalsekretär das Koalitionsabkommen der CSV-DP-Mehrheit. Auch wenn der Staat an mehreren Stellen des Regierungsprogramms erwähnt werde, seien dem öffentlichen Dienst in dem 209-seitigen Dokument gerade mal zwei Seiten gewidmet worden. Es gebe kein Kapitel, was den Staatsdienst volumenmäßig noch unterbiete.

Auch in der Regierungserklärung des Premierministers wäre es angebracht gewesen, die Wichtigkeit des öffentlichen Dienstes als solches mehr hervorzuheben. Selbstverständlich könne man zu dem Schluss gelangen, dass keine Nachrichten gute Nachrichten seien. Eine Zukunftsperspektive hätte man sich dennoch erwarten können, bekräftigte Steve Heiliger.

In dem zweiseitigen Kapitel, das den Staatsdienst betreffe, werde der Digitalisierung viel Bedeutung beigemessen (kürzere Verfahren, die Überprüfung der administrativen Abläufe...). Die CGFP vertrete diesbezüglich eine deutliche Haltung. Gegen eine Digitalisierung im Dienst der Bürger sei an sich nichts einzuwenden, vorausgesetzt jedoch, dass der Rahmen klar gesteckt sei. Mit anderen Worten: Der digitale Wandel müsse die Arbeit des Staatsbediensteten vereinfachen, damit dieser den erzielten Zeitgewinn nutzen könne, um wichtige Aufgaben im Interesse des Landes zu

erledigen, die nicht von der KI bewältigt werden können.

Ein öffentlicher Dienst, dessen Kundenservice am Bürger ausschließlich mit Chatbots gewährleistet sei, ohne dass dabei noch jemand hinter dem Schalter sitze, würde notgedrungen zu einem Personalabbau führen. „Eine solche Entwicklung kommt für die CGFP nicht infrage. Weder heute noch morgen!“, lautete die deutliche Warnung des CGFP-Generalsekretärs.

Nein zu Verschlechterungen bei der Altersversorgung

Die Einführung einer Zusatzpension gemäß den Bestimmungen des zweiten Sockels werde mit keinem Wort im Koalitionsabkommen erwähnt, kritisierte Heiliger. Die Partei, der sowohl der Premier- als auch der Beamtenminister angehöre, habe sich jedoch im Rahmen der CGFP-Wahlprüfsteine dazu bereit erklärt, mit der CGFP über die Einführung einer solchen Pension zu verhandeln. Der CGFP-Generalsekretär verlieh seiner Forderung Nachdruck: „Ja, die CSV hat ihre Bereitschaft dazu ganz klar zum Ausdruck gebracht. Dann haltet Eure Wahlversprechen jetzt bitte ein.“

In Bezug auf das Thema „Pensionen“ ging eine sehr deutliche Botschaft von der „Conférence des Comités“ aus: „Die CGFP sagt NEIN zu Verschlechterungen bei der Altersversorgung.“

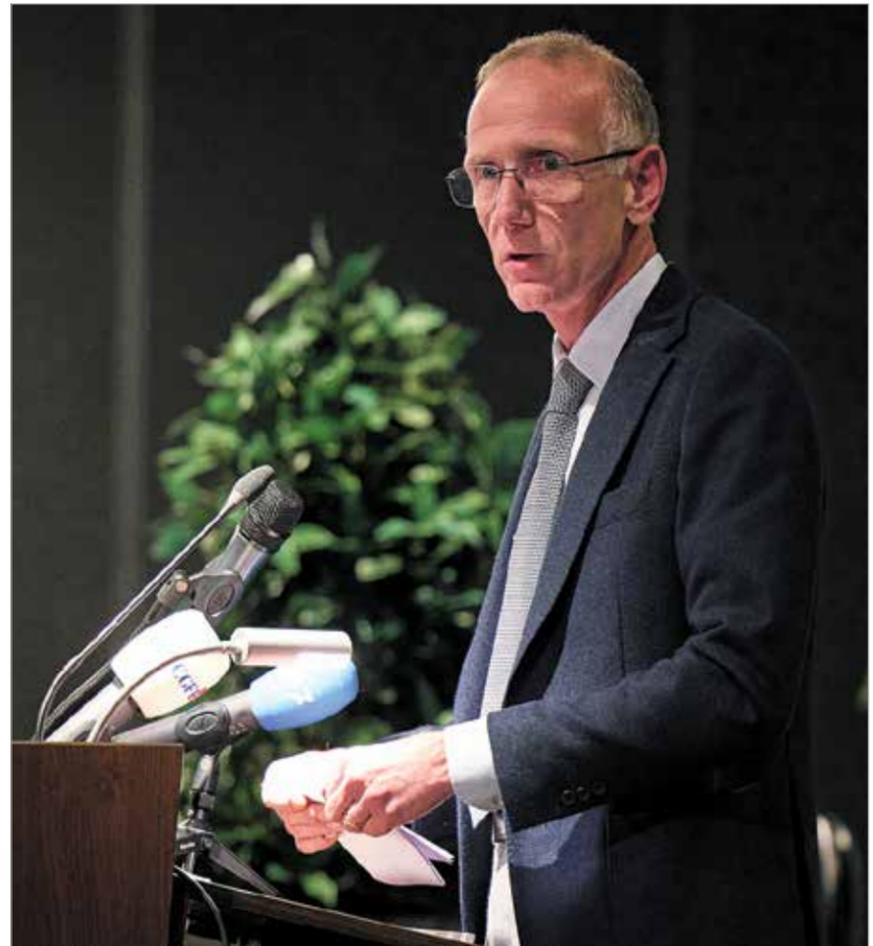
„Um die Kaufkraft zu erhalten, wird diese Koalition den Index in seiner aktuellen Form beibehalten (...) Es ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Friedens (...) und verhindert Arbeitsniederlegungen wegen Lohnforderungen.“ Dieses Zitat hätte von der CGFP stammen können, räumte Steve Heiliger augenzwinkernd ein. Diese Aussage habe jedoch der Premierminister, „den neie Luc“, in seiner Regierungserklärung gemacht.

Bei den CGFP-Wahlprüfsteinen hätten beide Regierungsparteien eindeutig bestätigt, sich für den integralen Erhalt des automatischen Indexmechanismus einzusetzen. Sowohl die CSV als auch die DP hätten einem gedeckelten Index, einer Verschiebung oder einer Streichung von Indexranchen eine klare Absage erteilt. Mit einer Verwässerung dieses Bekenntnisses würden sich beide Parteien schnell in Widersprüche verstricken.

Zudem sei es ein Unding, dass beim Eintreten einer Indexranche viele Unternehmen ihre Preise sofort erhöhen. Somit werde die Inflation maßgeblich angeheizt und die nächste Indexranche ausgelöst. Genau hier gelte es, den Hebel umzulegen.

Viele offene Fragen in der Steuerpolitik

Am Ende seiner Rede widmete sich der CGFP-Generalsekretär der Steuerpolitik. Die zum 1. Januar 2024 in Kraft tretende Anpassung der Steuertabelle an die Inflation um vier Indexranchen sei schön und gut. Bei einer integralen Angleichung müssten jedoch auch all jene Tranchen berücksichtigt werden, die darüber hinaus noch offen stünden. Zum Jahresanfang dürften die Zähler



Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, trug die Resolution 2023 vor, die anschließend einstimmig gutgeheißen wurde.

nicht auf null gesetzt werden. Die Privathaushalte hätten lange genug auf diese Angleichung gewartet. Jetzt sei es endlich an der Zeit, eine integrale Anpassung vorzunehmen.

In zwei Jahren wolle die Regierung einen Entwurf vorlegen, bei dem künftig nur noch eine einzige Steuerklasse beibehalten werde. Zudem habe sich die Koalition dazu verpflichtet, bereits dieser Reform steuerliche Erleichterungen für jene Personen einzuführen, die der Steuerklasse 1A angehören. In diesem Punkt sei die Koalition auf die Belange der CGFP eingegangen. Zu klären bleibe jedoch, in welchem Umfang sich diese Entlastung später auswirken werde.

Auch bei der Individualisierung warte die CGFP gespannt darauf, was die Regierung vorlegen werde. Für die CGFP stehe jetzt schon fest, dass bei der Umsetzung der Reform niemand schlechter abschneiden dürfe als bisher.

Sicherlich bliebe noch vieles zu sagen, so Heiliger. Zu einem späteren Zeitpunkt werde sich die Gelegenheit bieten, ausführlicher auf das eine oder andere Thema einzugehen. Der Neue...nein, nicht der „neue Luc“, sondern der neue Minister für den öffentlichen Dienst, Serge Wilmes, habe der CGFP einen Antrittsbesuch abgestattet und dabei aufmerksam zugehört.

Wie bereits in der Vergangenheit werde sich die CGFP auch gegenüber dieser Regierung mit Respekt, vor allem jedoch auch mit Entschlossenheit für die Anliegen des öffentlichen Dienstes

einsetzen, ohne dabei die Interessen des Landes aus den Augen zu verlieren.

Ganz zum Schluss wünschte der CGFP-Generalsekretär dem Minister für den öffentlichen Dienst Serge Wilmes eine glückliche Hand bei der Ausübung seines neuen Amtes. Die CGFP setze auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Auch wenn in dem einen oder anderen Punkt Meinungsverschiedenheiten entstünden – was in der Natur der Sache liege – könne dies dennoch eine gute Ausgangslage sein, um später doch noch einen Mehrwert zu schaffen.

Unmittelbar vor dem Jahreswechsel wünschte Steve Heiliger den Delegierten sowohl in seinem persönlichen Namen als auch stellvertretend für die CGFP-Exekutive frohe Festtage und ein glückliches neues Jahr.

Auch 2024 werde die CGFP auf die Unterstützung ihrer Mitglieder zählen. Umgekehrt gelte das Gleiche: „Ihr alle könnt auf die CGFP zählen“, versicherte Heiliger. Am Ende der Vorstandskonferenz trug der Erste Vizepräsident der CGFP, Claude Heiser, den CGFP-Entschluss vor, der anschließend einstimmig verabschiedet wurde (siehe QR-Code).

Max Lemmer



Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE: mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS CGFP

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

57. CGFP-Vorstände Konferenz

Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste



CGFP Assurances

Direktor Marco Moes in den Ruhestand verabschiedet

Daniel Kuhn tritt die Nachfolge an

Im Rahmen einer sympathischen Feierstunde wurde Direktor Marco Moes am vergangenen 8. Dezember in den Ruhestand verabschiedet.

Am 1. März 2016 hatte Marco Moes die Nachfolge von Arsène Meyers übernommen. Der gepacste Vater von zwei Kindern verfügte schon damals über eine langjährige und umfassende Berufserfahrung. Seine Laufbahn begann 1985 als öffentlich Bediensteter bei den staatlichen Sozialversicherungen. Fünf Jahre später wechselte Moes in die Privatwirtschaft. Zu seinem Aufgabenfeld innerhalb der Fortis-Gruppe gehörten zunächst die klassischen und die fondsgebundenen Lebensversicherungen. Später übernahm er in diesem Bereich die Verantwortung für die Gruppenversicherungen.

2005 wechselte Marco Moes zur Baloise-Gruppe. Jahrelang fungierte er als Direktor der „Amazon Insurance & Pension Services“. Dabei handelt es sich um einen Baloise-Dienstleister, der für internationale Unternehmen betriebliche Pensionsfonds einrichtet und verwaltet. Die letzte Station seines Berufswegs war CGFP Assurances. Nach seinem Austritt aus dem Berufsleben kann der 60-jährige begeisterte Leichtflugzeugpilot und Motorradfahrer seinen Hobbys jetzt mehr Zeit widmen.

Seit dem 1. Januar 2024 leitet Daniel Kuhn die Geschicke von CGFP Assurances. Der 52-Jährige, seit 2002 glücklich verheiratet, kann einen eindrucksvollen beruflichen Werdegang vorweisen. 13 Jahre

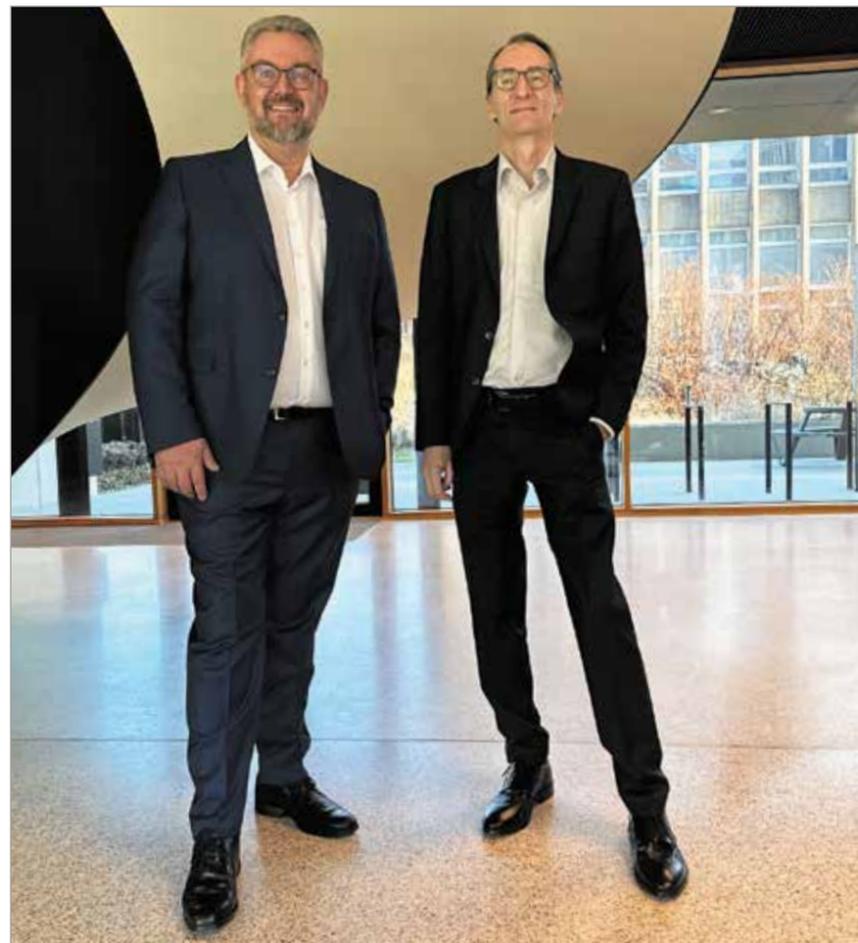
lang stand er im Dienst der nationalen Fluggesellschaft Luxair und war dort zuletzt „Product Manager“ von Luxair Tours.

Im September 2008 wechselte Daniel Kuhn zur Baloise Gruppe. Neben dem Marketing und der Kommunikation zählte u.a. auch die Vertriebsunterstützung zu seinem Tätigkeitsbereich. In seiner Freizeit genießt er es, schöne Momente mit Freunden zu verbringen. Zu seinen Leidenschaften gehören zudem das Gärtnern, Reisen, Kochen und Genießen.

Ein Wechsel in der Kontinuität

Der Nachfolger von Marco Moes freut sich auf seine neue Herausforderung bei CGFP Assurances. In Stresssituationen lautet sein Lebensmotto „Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird.“ Der neue erfahrene Mann an der Spitze von CGFP Assurances strebt einen Wechsel in der Kontinuität an. In erster Linie liegt es ihm am Herzen, den CGFP-Mitgliedern hervorragende Versicherungsdienstleistungen zu gewährleisten. Dabei soll das vorhandene Potenzial verstärkt ausgeschöpft werden. In Zusammenarbeit mit Baloise soll die umfangreiche Versicherungspalette künftig mit attraktiven und innovativen Angeboten ergänzt werden.

CGFP Assurances wurde im Februar 2012 von CGFP Services a.s.b.l. und der Versicherungsgesellschaft Baloise Luxembourg gegründet. CGFP Services hält 50,10 % der Anteile. Die seit mehr als 130 Jahren in Luxemburg tätige Baloise-Gruppe ist mit 49,90 % am Kapital beteiligt.



Wechsel an der Spitze von CGFP Assurances: Der langjährige Direktor Marco Moes (rechts) ging zum Jahresende in den Ruhestand. Daniel Kuhn hat zum 1. Januar 2024 das Zepter übernommen. Foto: Sergio Di Paoli

Ziel von CGFP Assurances ist es, den CGFP-Mitgliedern eine persönliche und maßgeschneiderte Beratung zum Schutz

ihres Eigenheims, ihrer Besitztümer sowie ihrer Familie anzubieten. (Mehr Infos: www.cgfp-assurances.lu)

ml



**SAVE
THE
DATE**

D- DAY - RASSEMBLEMENT

OFFIZÉIER, ËNNEROFFIZÉIER, ËNNEROFFIZÉIER MILITÄRMUSEK, LÉIER- AN ZIVILPERSONAL
ZALDOTEN VUN DER LËTZEBUERGER FRÄIWËLLEGEN ARMÉI VUN JOREN 1967 - 1976

SAMSDES, 29. JUNI 2024
GARNISOUNSSTAD DIKRICH / AL SEEËREI

WEIDER INFOEN OP WWW.FRENN-LETZ-ARMEI.LU



Léif Kolleginnen a Kollegeen

Fir dat Ganzt kënnen uerdentlech z'organisieren, sollen déi Leit déi tëschent 1967 an 1976 an der Arméi waren a wëllen deel- huelen, sech w.e.g mat Zäit an **am beschte bis spéitstens den 29. Februar 2024** umellen duerch **d'IWWERWEISEN vu 40.- Euro**

Op de Konto vum Patrick FRANTZ / DIEKIRCH :
CCPL LULL: LU 34 1111 7550 6820 0000

Mat der Mentioon " **RASSEMBLEMENT 2024** "
+ Sessioun + Anzéiungsjoer + Statut

AOC	= Ancien Officier de carrière
ASOC	= Ancien Sous-Officier de carrière
ASOMUSMIL	= Ancien Sous-officier Musique militaire
ACIV	= Ancien Personnel civil
ASDTVOL	= Ancien Soldat volontaire

Kopie vum Virement den 29. Juni 2024 w.e.g matbréngen !!!

An dësem Präis ass den Aperitif an de Menu "Ierbesebulli" + Café mat Dessert
+ Participatioun un den Organisatiounskäschte vum Organisateur mat dran.

Gedrénks gétt separat mat Gedrénksbongen géint Bezuelung gereegelt

Mat komerodschaftleche
Gréiss an hoffentlech bis geschwënn

Patrick FRANTZ
Adjutant - Major Honoraire
Lëtzebuenger Arméi vun 1975 bis 2015
Sessioun Volontaires 31 (21.07.1975)
Eiërenpräsident vum SPAL an vum SPFP

Gsm: 691 860 928 • E-Mail: frantzp@pt.lu
Facebook: patrick frantz



Neue Steuertabelle ab 1. Januar 2024:

Der erste Schritt hin zur versprochenen Steuererleichterung

Es waren die Gewerkschaften und allen voran die CGFP, welche im vergangenen Jahr der damaligen Regierung in der letzten Tripartite-Runde die Senkung der Steuerlast zum 1. Januar abgetrotzt haben, dies zu Gunsten der arbeitenden Menschen dieses Landes. Dass eine solide Steuerreform kommen wird, darum wird sich die Gewerkschaftswelt selbst kümmern. Sie wird sich dabei nicht auf das Durchsetzungsvermögen der parlamentarischen Opposition verlassen.

Die Steuerreform ist nun ein Thema des Sozialdialogs

Denn in den Tripartite-Verhandlungen im Jahr 2023 avancierte die Steuerreform zu einem Element der Dreier-Agenda, wie es CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger in seiner programmatischen Rede bei der Vorstandskonferenz im vergangenen Dezember betonte. Im Kern der Sache geht es hier schließlich um die Aufteilung des Ertrags der Arbeit in diesem Land, zwischen dem Lohn des schaffenden Volkes und dem Profit der Firmenbesitzer.

Vor 20 Jahren stammte die Einkommensteuer zu 49 % von den Unternehmen und zu 51 % von den Erwerbstätigen. Heute beträgt das Verhältnis 25 % zu 75 %, weil die Steuerlast von den starken auf die schwachen Schultern verlagert wurde. Das ist nicht länger hinnehmbar.

Offensichtlich macht die neue Regierung Anstalten, das heiße Eisen konkret anzufassen, ohne sich von einer kurzfristigen Konjunkturflaute davon abhalten zu lassen. Dieses momentane Abbremsen der Wirtschaft wird unsinnigerweise von interessierten Kreisen zu einem strukturellen und ernsthaften Desaster hochgespielt. Unterstützt werden sie dabei von einer sensationslüsternen Presse.

Allerdings lässt sich eine substantielle Steuerreform, wie jeder weiß, nicht binnen Wochen durchziehen.

Die Wirkung der erfolgten Tabellenanpassung

Zum ursprünglich vorgesehenen Volumen der Tarifierleichterung zum 1. Januar 2024 wurde von Regierungsseite ein Zuschlag gewährt, indem zur Inflationsanpassung der Steuertabelle schließlich vier statt zweieinhalb Indexanpassungen einbezogen wurden. Damit ist nun die Hälfte der „kalten Progression“ der letzten Jahre kompensiert. Dies war eine nette, symbolische Geste der neuen politischen „Mannschaft“. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Nebenstehend dokumentieren wir mit Zahlen und Grafiken, wie viel (oder besser gesagt: wie wenig) dieser erste Schritt tatsächlich ausmacht, und was nun noch zu bewerkstelligen bleibt. Denn von der angesagten Steuerreform erwartet man ja deutlich mehr als nur einen Inflationsausgleich.

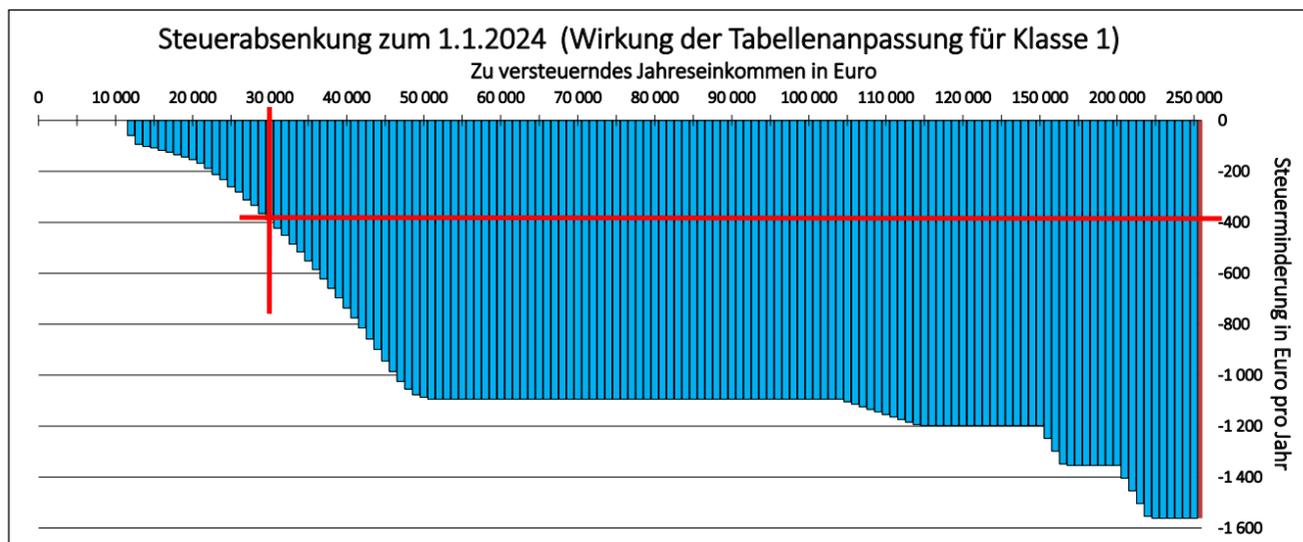
Die bisherige Entlastung ist eine rein mechanische Anpassung der geltenden Steuertabelle, weil ein differenzierteres Vorgehen auf die Schnelle nicht machbar war. Alle Tarifstufen der gesetzlichen Steuertabelle wurden um das Ausmaß von vier Indexanpassungen, das heißt um 10,38 % angehoben. Die Zahlentabelle rechts oben und die Grafik mit den blauen senkrechten Stäbchen zeigen die konkrete Auswirkung, je nach Einkommensniveau.

In der Steuerklasse 1 reicht die durchgeführte Abgabeminderung von 0 Euro (wer keine Steuern zahlt, dem können auch keine nachgelassen werden) bis maximal 1.562 Euro bei sehr hohen Einkommen. In der Klasse 2 bringt die Anpassung zwischen 0 bis 3.124 Euro und ist also doppelt so hoch, weil hier die „stille Progression“ durch die Indexanpassungen auch doppelt so viel gekostet hat.

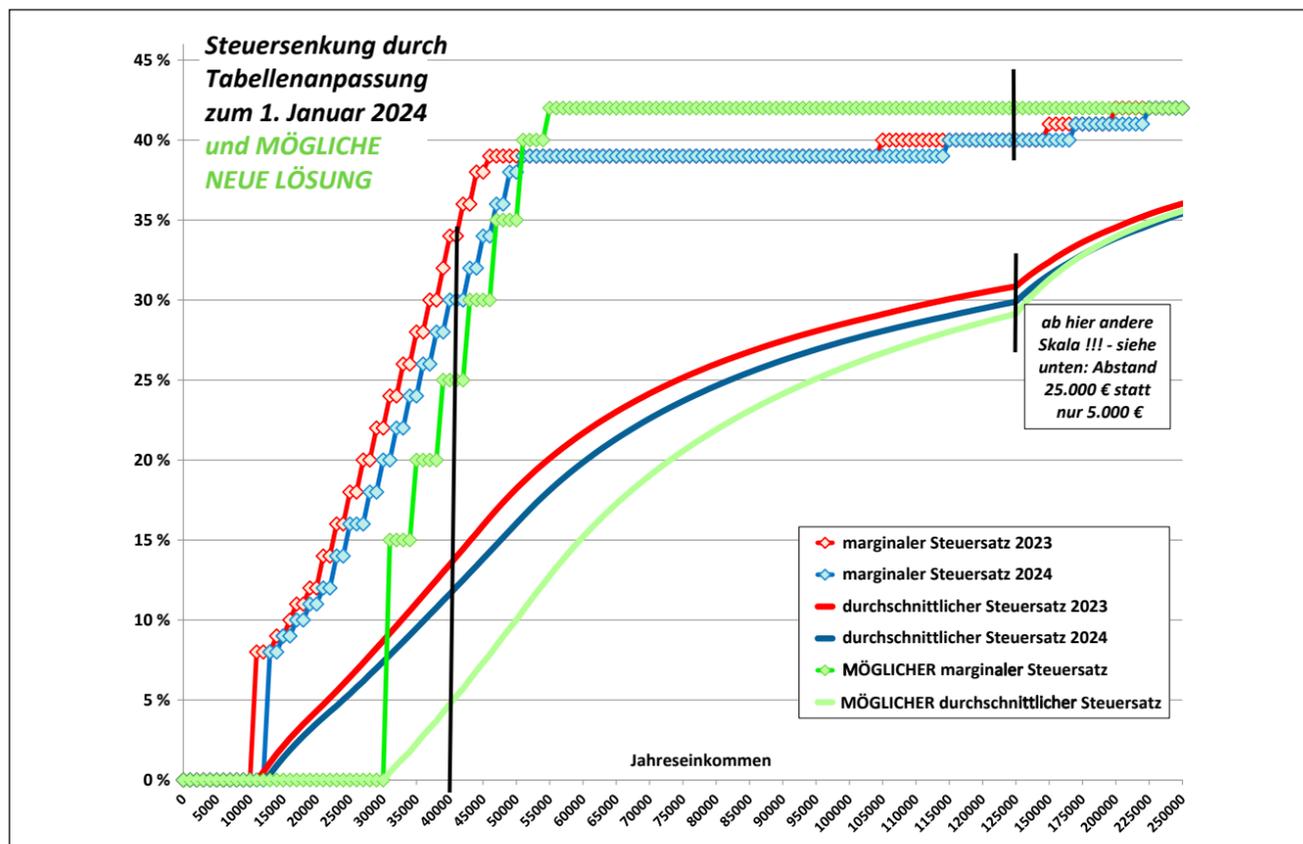
Jetzt keine Geldverteilung von unten nach oben!

Diese Darstellung verdeutlicht, dass – in Euro ausgedrückt – die absoluten Spitzenverdiener die größten Nutznießer dieser Steueranpassung sind. Die dabei festgestellte Progressivität ist verständlich und sinnvoll, insofern sie den vor-

JAHRESEINKOMMEN IN €	STEUERBETRAG BIS 2023		STEUERBETRAG FÜR 2024		ABSENKUNG DER STEUERLAST	
	IN €	MITTLERER SATZ	IN €	MITTLERER SATZ	BETRAG IN €	IN % VON 2023
12 000	59	0,5 %	0	0,0 %	-59	-100,0 %
15 000	317	2,1 %	210	1,4 %	-107	-33,8 %
20 000	861	4,3 %	708	3,5 %	-153	-17,8 %
30 000	2 610	8,7 %	2 220	7,4 %	-390	-14,9 %
40 000	5 386	13,5 %	4 650	11,6 %	-736	-13,7 %
50 000	9 107	18,2 %	8 020	16,0 %	-1 087	-11,9 %
60 000	13 007	21,7 %	11 913	19,9 %	-1 094	-8,4 %
80 000	20 807	26,0 %	19 713	24,6 %	-1 094	-5,3 %
100 000	28 607	28,6 %	27 513	27,5 %	-1 094	-3,8 %
120 000	36 567	30,5 %	35 369	29,5 %	-1 198	-3,3 %
140 000	44 567	31,8 %	43 369	31,0 %	-1 198	-2,7 %
160 000	52 667	32,9 %	51 369	32,1 %	-1 298	-2,5 %
180 000	60 867	33,8 %	59 513	33,1 %	-1 354	-2,2 %
200 000	69 067	34,5 %	67 713	33,9 %	-1 354	-2,0 %
250 000	90 067	36,0 %	88 505	35,4 %	-1 562	-1,7 %



Die Tabellenanpassung zum 1. Januar ergab, je nach der Höhe des Einkommens (waagerechte Skala oben), eine Absenkung (senkrechte Skala rechts) bis maximal 1.562 Euro. Dabei stellt die Länge der blauen Balken für jedes Einkommensniveau die Höhe der Steuererminderung in Euro dar. Anhand der beiden roten Linien kann man feststellen, dass bei einem Einkommen von 30.000 Euro (senkrechte rote Linie, von der oberen Skala ausgehend) eine steuerliche Absenkung (waagerechte rote Linie, bis zur rechten Skala) von 390 Euro erfolgte. Die Angaben dieser Grafik und der obenstehenden Tabelle gelten für die Steuerklasse 1; bei der Steuerklasse 2 gilt der doppelte Betrag.



Die roten und blauen stufenförmigen Linien mit Rauten stellen die Prozentsätze der Steuertabelle dar, gemäß der senkrechten Skala links in der Grafik, in Rot bis Ende 2023 und in Blau ab 2024, mit Bezug zum Jahreseinkommen, gemäß der waagerechten Skala unten im Bild. Die fetten kontinuierlichen Linien dagegen zeigen, in Rot und Blau für die gleichen Zeiträume, die durchschnittliche Steuerbelastung laut Skala links. Zum Verständnis: Die senkrechte schwarze Linie ab Punkt 40.000 unten belegt durch die Punkte, an denen sie die anderen Linien schneidet, dass bei einem jährlichen Einkommen von 40.000 Euro der marginale Steuersatz (gemäß Tabelle) von 34 % (Rot) auf 30 % (Blau) abgesenkt wurde, und dass sich dadurch die mittlere Belastung (durchschnittlicher Steuersatz) von 13,8 % auf 11,6 % absenkte. Die Grafik insgesamt verdeutlicht, wie wenig die Steuerbelastung bereits abgesenkt wurde (Veränderung von Rot auf Blau) und dass der ominöse Mittelstandsbuckel nicht angetastet wurde. Die grünen Linien dieser Grafik zeigen dagegen auf, wie eine resolute Steuersenkung bezüglich der marginalen und mittleren Steuersätze aussehen könnte.

angegangenen Inflationskonsequenzen entspricht.

Die nächste Runde der Steuersenkung sollte aber eher nicht noch eine rein mechanische Anpassung des Tarifs um 10,38 % sein. Denn dies liefe zu sehr darauf hinaus, Millionäre und Milliardäre als Inflationsopfer zu entschädigen. Solche Menschen bedürfen jedoch keiner Kaufkraftunterstützung, weil ihr Einkommen offensichtlich nicht aus den Indextranchen stammt.

Bei der Steuerreform muss der Fokus auf deutlich mehr Gerechtigkeit gerichtet werden, also eine sozial ausgerichtete Tabellenanpassung zugunsten der mittleren und moderaten Steuerzahler. Jede fiskalische Großzügigkeit gegenüber enorm Wohlhabenden wäre eine unverantwortliche Geldverschwendung.

Die zweite Grafik der linken Seite verdeutlicht die Auswirkung der erfolgten Reform in prozentualen Veränderungen. Dabei zeigt sich deutlich, dass alles in allem sehr wenig Substantielles geschehen ist, und vor allem, dass der ominöse „Mittelstandsbuckel“ unangetastet geblieben ist.

Dem Einkommensgefälle Rechnung tragen

Die künftigen Überlegungen zur Steuerreform müssen auf einer intensiven Analyse der konkreten Lage beruhen. Leider scheint es keine rezenten Statistiken über die Einkommensverteilung zu geben. Derartige aktuelle Informationen sind aber unentbehrlich für die anstehenden Diskussionen..

Die letzten bekannten Angaben stammen aus dem Jahr 2018 und wurden vom Wirtschafts- und Sozialrat veröffentlicht. Auf dieser Seite rechts unten versuchen wir, unseren Lesern diese Daten verständlich in einer großen, etwas komplexen Grafik aufzuzeigen. Die Tabelle rechts oben liefert präzisere Zahlen dazu.

In dieser Darstellung teilt die senkrechte (hellgrün unterlegte) Skala am linken Rand das steuerrelevante Jahreseinkommen der Haushalte in Gruppen auf, die von 0 Euro (unten) bis über 250.000 Euro (oben) reichen. Diese Aufteilung entspricht der ersten Kolonne der Tabelle.

Für jede dieser Gruppen wird in der linken Bildhälfte der jeweilige Anteil am gesamten Steueraufkommen und in der rechten Hälfte der jeweilige Anteil an der Zahl der Steuerzahler gezeigt. Beide Kolonnen stellen in voller Höhe jeweils 100 % dar (Skala ganz links im Bild), wobei die Flächen der Felder den proportionalen Anteil abbilden.

In der angeführten Tabelle bilden die Steuerbeträge die zweite und dritte Kolonne und die Zahl der Steuerzahler die vierte und fünfte Kolonne.

Wie sind die Einkommen verteilt, und wie sieht es mit der Einkommenssteuer aus?

Die Lektüre dieser Grafik verrät uns bemerkenswerte Fakten. Greifen wir zwei konkrete Beispiele heraus:

- Ganz oben, in Braun: Von den steuerpflichtigen Jahreseinkommen über 250.000 Euro stammen 20,6 % der gesamten Einkommenssteuer des Staates. Dieses Volumen wird von nur 0,9 % aller Steuerzahler aufgebracht, und dies im Jahre 2018 von knapp 5.300 Superverdienern.
 - Ganz unten, in Blau: Alle Einkommen unter 30.000 Euro im Jahr liefern lediglich 2,6 % der Steuermasse. Dieser Beitrag stammt von 50,1 % der Besteuernten, den Einkommenschwächsten. 2018 waren dies über 297.400 Steuerzahler, mehr als die Hälfte des Totals.
- Daraus ergibt sich eine erste wichtige Feststellung: Eine recht kleine Zahl von

Hochverdienern bringen dem Staat sehr hohe Steuereinnahmen ein. Über 20 % der Steuern stammen von den oberen 0,9 % der Einkommen (oberhalb von 250.000 Euro), 30 % von den oberen 2 % (über 180.000 Euro) und 47 % der Gesamtmasse von den oberen 5,5 % der Steuerzahler (über 120.000 Euro).

Kreative Lösungen ins Spiel bringen

Fazit: Wenn in einer Steuerreform den Hochverdienern solide Zugeständnisse gemacht werden, wird dies schnell zu einer sehr kostspieligen Angelegenheit. Wobei allerdings auch zu beachten ist, dass Veränderungen am unteren Ende der Steuertabelle (wie eine Verbreiterung der 0 %-Tranche oder Steuerminderungen für die untersten Steuertranchen), normalerweise Mindereinnahmen bis in die obersten Einkommensgruppen hinein erzeugen. (Siehe auf der vorigen Seite die Wirkung der Indexanpassung der Tabelle.)

Diese Konsequenz kann man nur neutralisieren, indem man am oberen Ende der Tabelle einen oder mehrere höhere Steuersätze hinzufügt. Nicht um die höheren Einkommen höher zu besteuern, sondern bloß, um sie nicht niedriger zu belasten.

Oder man bringt andere, intelligentere Mechanismen ins Spiel, etwa eine ausgeprägte Modulierung des Solidaritätszuschlags. Hier ließe sich, auch abseits der Steuertabelle, eine stärkere Progressivität sicherstellen durch ein Absenken des Soli-Satzes bei niedrigen Steuern und seine Aufstockung bei höheren Einkommen.

Enormer Aufwand für wenig Ertrag

Wenn wir nun das untere Ende der Grafik ins Blickfeld nehmen, erkennen wir, wie schon erwähnt, dass fast 300.000 Einkommen, die unter 30.000 Euro im Jahr liegen, lediglich 2,6 % der Gesamteinnahmen einbringen. 2018 waren es rund 124 Millionen. Die Einkommenssteuer spülte fast fünf Milliarden Euro in die Staatskasse. Hier geht es eindeutig wie beim Schafscheren zu: viel Geschrei und wenig Wolle!

Stellen Sie sich jetzt einmal vor, alle Einkommen bis zum Mindestlohn wür-

VERTEILUNG DER JAHRESEINKOMMEN UND STEUERBETRÄGE 2018				
JAHRESEINKOMMEN	ZAHL DER STEUERZAHLER		STEUERBETRAG IN Mio €	
250.000 - >	989,2	20,6 %	5 295	0,9 %
180.000 - 250.000	449,2	9,4 %	6 747	1,1 %
150.000 - 180.000	334,4	7,0 %	6 967	1,2 %
120.000 - 150.000	489,1	10,2 %	13 581	2,3 %
90.000 - 120.000	690,7	14,4 %	28 118	4,7 %
60.000 - 90.000	882,9	18,4 %	65 056	11,0 %
30.000 - 60.000	843,8	17,6 %	170 488	28,7 %
0 - 30.000	123,6	2,6 %	297 457	50,1 %
	4 802,9	100,0 %	593 709	100,0 %

den gänzlich steuerbefreit werden. Welch enorme Arbeitserleichterung würde dies der Steuerverwaltung bringen! Und jene Arbeitgeber, die bloß Mindestlöhne zahlen, könnten dabei jubeln, weil ihre Lohnnebenkosten deutlich reduziert würden. Dank „Mehr Netto vom Brutto“ im Niedriglohnsektor und einer soliden Kaufkraftsteigerung für die „Working Poor“ könnten vielleicht manche Subventionen abgeschafft werden. Auf diese Weise wäre eine „simplification administrative“ denkbar.

Wie bereits betont, brachten diese 300.000 Steuerzahler dem Staat 2018 lediglich 124 Millionen Euro ein. Die Tabellenanpassung zum 1. Januar 2014 kostete dagegen 480 Millionen Euro, also viermal mehr.

Aber diese Idee ist vielleicht zu logisch, zu einfach, zu wirksam, um sich gegenüber dem bürokratischen Denken der politischen Entscheidungsträger behaupten zu können. Obschon eine solche Maßnahme auch dem ominösen „Mittelstandsbuckel“ einen entscheidenden Schlag versetzen würde.

Die mittleren und kleinen Steuerzahler verlangen jedenfalls eine progressive Reform, keine Gießkannenlösung, von der besonders die Höchstverdiener profitieren. Schwarz-Blau hat hier die einmalige Gelegenheit, sich eine solide soziale Glaubhaftigkeit zu sichern.

Quanta costa?

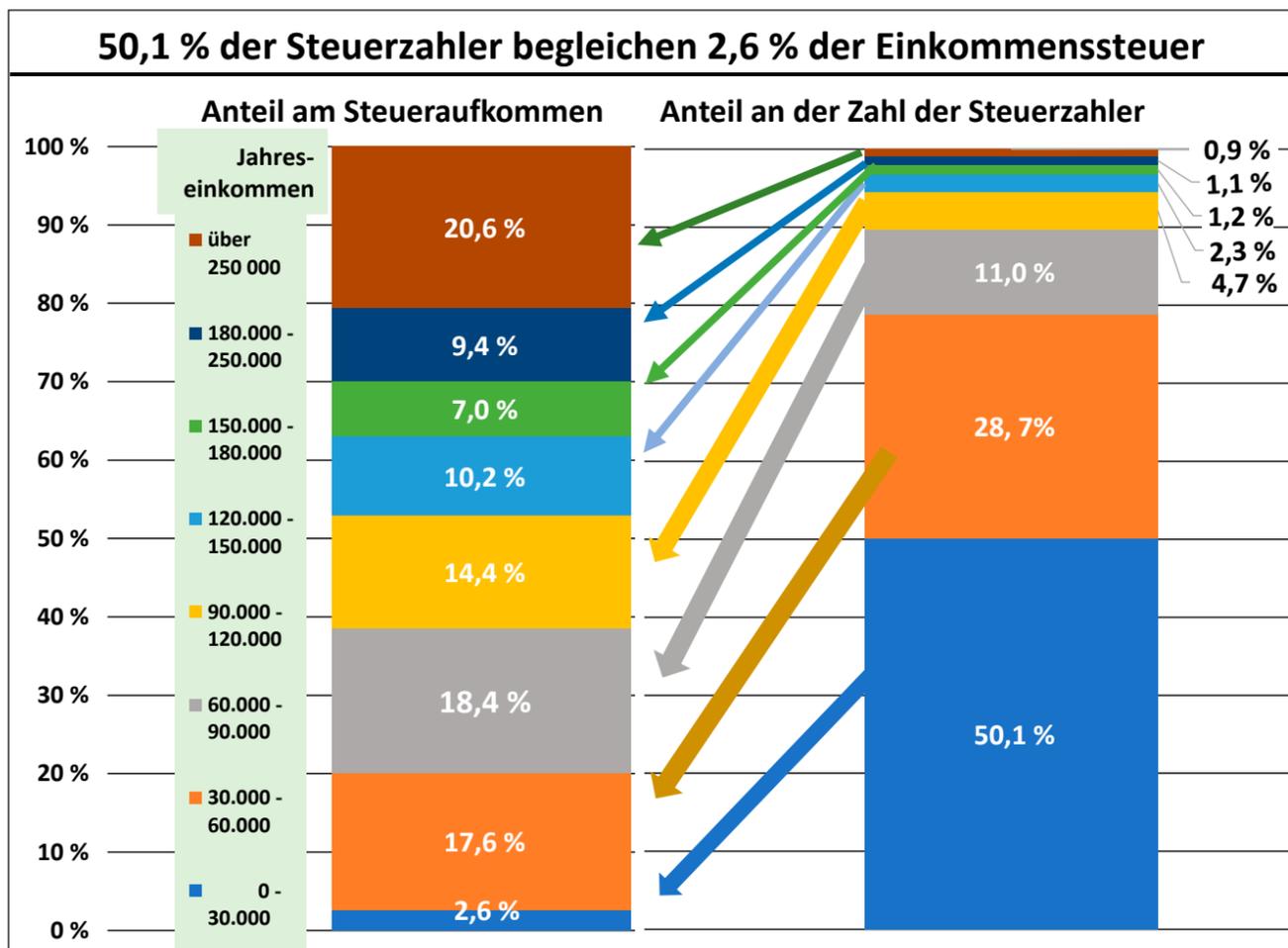
Bei jeder Steuerreform ist eine der wesentlichen Fragen jene nach dem verfügbaren finanziellen Spielraum. Denn der Staat muss ja genügend Einnahmen generieren, um handlungsfähig

zu bleiben. Die öffentliche Hand muss weiterhin hohe Investitionen stemmen und die Finanzierung ausgezeichneter öffentlicher Dienstleistungen und angemessener sozialer Maßnahmen sicherstellen, ohne dabei eine ausufernde Staatsverschuldung zu verursachen.

Über das Gesamtvolumen des Finanzrahmens der anstehenden Steuerreform wird man aber erst diskutieren können, wenn der Finanzminister eine Einschätzung über die Expansion der Staatseinnahmen in den nächsten drei bis vier Jahren liefert. Inzwischen weiß man bekanntlich, dass laut den Schätzungen internationaler Experten die zwei neuen 15 %-Mindeststeuern („BEPS-Pillar Two“), welche das Parlament im Dezember verabschiedet hat, Luxemburg hohe Milliardenereinnahmen beschern werden. Sie stellen jedenfalls ein Mehrfaches der derzeitigen Körperschaftsteuer dar. Anders ausgedrückt: Das Gesamtvolumen unserer Steuereinnahmen wird sich spektakulär entwickeln!

Hierbei handelt es sich demnach um einen echten Paradigmenwechsel, nicht nur in Bezug auf die Steuerreformpläne, sondern auch, was die Perspektiven der Staatsverschuldung, der Rentenmauer und vieler Ausgabenengpässe betrifft. Warum äußert sich die Regierung nicht zu diesen Expertisen? Und warum stellen unsere Abgeordneten keine Fragen dazu, statt über einen angeblichen staatlichen Finanzruin und die Bedrohung der 30 %-Schuldengrenze zu schwadronieren? Glaubt die Luxemburger Politik nicht an das, was die internationale Wissenschaft sagt?

Paul Zimmer



STEUERASPEKTE

FÜR UNSERE MITGLIEDER BELEUCHTET

- VORAUSSCHAUEND PLANEN – AUCH IN STEUERANGELEGENHEITEN

MEHRWERT (PLUS-VALUES) – IMMOBILIEN DES PRIVATVERMÖGENS

In der letzten Ausgabe der „fonction publique“ wurden die Themen rund um die Steuerfreiheit und den Spekulationsgewinn beleuchtet. Die aktuelle Ausgabe geht auf die Berechnung des Anschaffungspreises ein.

4. BERECHNUNG DES ANSCHAFFUNGSPREISES (Teil 2)



■ DIE FORMEL:

- 1 Veräußerungspreis
 - 2 Minus Anschaffungspreis (aufgewertet/minimal)
 - 3 Minus Verkaufskosten (z.B. Provision an Immobilienverkäufer)
- = steuerbarer Mehrwert vor eventuellen Abschlägen (abattements)

■ DER ANSCHAFFUNGSPREIS

Als Anschaffungspreis gilt der zuletzt in der Vergangenheit bei einem Verkauf festgehaltene Preis (prix d'acquisition retenu à la dernière acquisition à titre onéreux).

Somit scheiden als Anschaffungspreis aus:

- Der geschätzte Wert der Immobilie am Tag einer Erbschaft oder Schenkung
- Ausgleichszahlung (soulte) bei Teilung

■ DER AUFGEWERTETE ANSCHAFFUNGSPREIS

Zur Berechnung des steuerbaren Mehrwerts wird der Anschaffungspreis aufgewertet gemäß im Gesetz festgesetzter Koeffizienten, abhängig vom Jahr der Anschaffung.

Beim Errichten eines Hauses ist das Jahr der Fertigstellung des Baus maßgebend.

Beim Kauf eines Hauses ist das Jahr der Anschaffung maßgebend.

Bei nachträglichen Investitionen wird jede einzelne Investition mit dem Koeffizienten aufgewertet, der zu dem Jahr passt, in dem die Arbeiten fertiggestellt wurden.

N.B.: Reparatur- und Instandsetzungskosten sind keine Investitionen!

Année	Coefficient	Année	Coefficient
1918	195,42	1970	5,62
et antérieures		1971	5,37
1919	88,84	1972	5,11
1920	47,55	1973	4,82
1921	48,66	1974	4,40
1922	52,22	1975	3,97
1923	44,14	1976	3,62
1924	39,31	1977	3,39
1925	37,56	1978	3,29
1926	31,70	1979	3,14
1927	25,12	1980	2,96
1928	24,09	1981	2,74
1929	22,43	1982	2,50
1930	22,03	1983	2,30
1931	24,57	1984	2,18
1932	28,29	1985	2,12
1933	28,45	1986	2,11
1934	29,56	1987	2,11
1935	30,11	1988	2,08
1936	29,96	1989	2,01
1937	28,37	1990	1,94
1938	27,58	1991	1,88
1939	27,66	1992	1,82
1940	25,44	1993	1,76
1941	16,40	1994	1,72
1942	16,40	1995	1,69
1943	16,40	1996	1,67
1944	16,40	1997	1,64
1945	13,08	1998	1,63
1946	10,38	1999	1,61
1947	9,99	2000	1,56
1948	9,35	2001	1,52
1949	8,88	2002	1,49
1950	8,56	2003	1,46
1951	7,92	2004	1,43
1952	7,79	2005	1,40
1953	7,81	2006	1,36
1954	7,73	2007	1,33
1955	7,74	2008	1,29
1956	7,70	2009	1,28
1957	7,36	2010	1,26
1958	7,31	2011	1,22
1959	7,28	2012	1,18
1960	7,26	2013	1,16
1961	7,21	2014	1,16
1962	7,15	2015	1,15
1963	6,95	2016	1,15
1964	6,74	2017	1,13
1965	6,52	2018	1,11
1966	6,36	2019	1,09
1967	6,21	2020	1,09
1968	6,02	2021	1,06
1969	5,89	2022	1,00
		et postérieures	

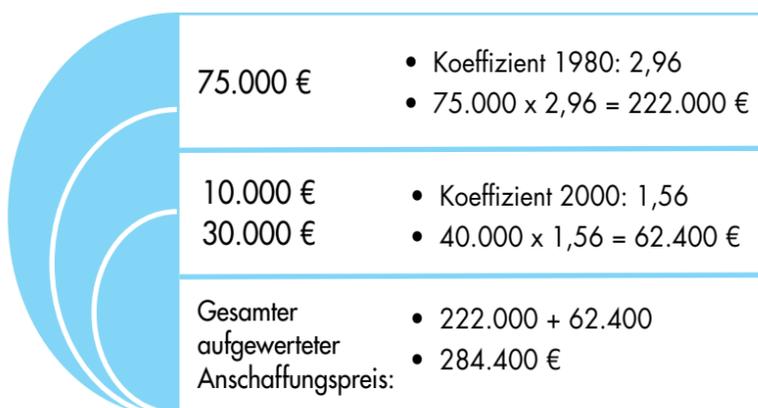
Loi modifiée du 4 décembre 1967
concernant l'impôt sur le revenu Art. 102. L.I.R.

BEISPIEL

Die Eheleute Molitor und Meunier erben am 20. Februar 2024 ein leer stehendes Haus ihrer Tante. Sie verkaufen es am 15. April 2024 für einen Preis von 1.000.000 €.

Die Tante hatte das Haus 1980 zum Preis von 75.000 € erworben. Im Jahr 2000 wurden eine Veranda sowie ein Ausbau der oberen Etage hinzugefügt. Preis der Veranda: 10.000 €; Preis des Ausbaus: 30.000 €.

Sie zahlen 30.000 € Provision (Kommission) an einen Immobilienhändler.



Berechnung des Mehrwerts	
Veräußerungspreis	1.000.000 €
Gesamter aufgewerteter Anschaffungspreis	284.400 €
Provisionskosten an den Makler	30.000 €
Vom Veräußerungspreis insgesamt abzuziehen	314.400 €
Besteuerbarer Mehrwert	685.600 €



DER MINIMALE ANSCHAFFUNGSPREIS 1

Als Mindest-Anschaffungspreis bei Grund und Boden sowie Gebäuden, die vor 1941 entgeltlich angeschafft wurden, wird der Einheitswert (valeur unitaire) multipliziert mit:

Zwei Multiplikatoren

- x 1,5 bei Gebäuden und landwirtschaftlichen Flächen
 - x 1,3 bei allen anderen Arten von Grund und Boden
- x 25,44 entsprechend dem Koeffizienten bezüglich des Jahres 1940 (bei einem Verkauf im Jahr 2024)

DER MINIMALE ANSCHAFFUNGSPREIS 2

Mindest-Anschaffungspreis kann auch der **Preis pro m²** sein:

- Landwirtschaftliche Flächen: 1,25 € pro m²
- Forstwirtschaftliche Flächen: 0,55 € pro m²
- Weinbauflächen: 5 € pro m²
- Alle anderen Flächen mit landwirtschaftlichem Charakter: 1,25 € pro m²

WELCHE WERTE MÜSSEN VERGLICHEN WERDEN?

Das Gesetz sieht vor, dass minimale Anschaffungspreise ggf. den aufgewerteten Anschaffungspreis ersetzen, sollte Letzterer ungünstiger sein. Je nach Situation wird wie folgt verglichen:

GRUND UND BODEN VOR 1941		
aufgewerteter Ansch.-Preis	minimaler Ansch.-Preis 1	minimaler Ansch.-Preis 2

HAUS VOR 1941	
aufgewerteter Ansch.-Preis	minimaler Ansch.-Preis 1

GRUND UND BODEN NACH 1941	
aufgewerteter Ansch.-Preis	minimaler Ansch.-Preis 2

HAUS NACH 1941
aufgewerteter Anschaffungspreis

FÜR WEITERE INFORMATIONEN ZU DIESEM THEMA



Eigenheimfinanzierung durch Bausparen mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW

16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu



Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01

**FIR E GUDDE START AN D'JOER 2024:
KUERZFRISTEG
TOPP-CGFP-KONDITIONOUNEN**

Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

**Unschlagbares
Angebot**

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnet Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Standfest: Fußböden aus wiederverwendetem Holz

QUELLE: STORYFISCHER / WWW.SCHLOSSDIELN.DE / BHW BAUSPARKASSE

Charme aus altem Holz

Im Wohnbereich finden rustikale Böden aus altem, wieder aufbereiteten Holz zunehmend Anklang. Die Weiterverwendung des Naturmaterials dient der Nachhaltigkeit – individuelles Design inklusive!

Das Altholz für Böden kann von alten Brücken und Waggons stammen, aus Scheunen, Bahnhöfen oder Fabrikgebäuden. Meist handelt es sich um robuste, harte Holzsorten wie Eiche, Buche oder Esche. Dielenbretter aus diesen Quellen sind schon einige Generationen in Gebrauch, vor allem die Patina ist sehr gefragt. Professionell bearbeitet und neu verlegt, sorgen sie für eine schöne

Inneneinrichtung. Das Holz wird getrocknet, gesäubert, gehobelt und von Nägeln befreit. Gebrauchsspuren wie Wurm- oder Astlöcher, Risse oder Bolzenlöcher dagegen werden erhalten und machen den authentischen Charme des Bodenbelags aus. „Holz ist langlebig und strahlt auch eine angenehme Wärme aus“, sagt Markus Simon von der BHW Bausparkasse. „Es unterstützt den Feuchteausgleich und wirkt sich daher positiv auf das Raumklima aus.“ Regionale Fachfirmen bieten nicht nur gebrauchte Holzdielen zum Verkauf an, sie übernehmen auch den Einbau des Fußbodens. Das gewährleistet kurze Transportwege – und schon die Umwelt.



PRIMUS
HOME & PARTNERS



Zu Lamadelaine Roueg geleeën

Präis : 677 000 €

*1 Appartement mat 82 m² Wunnfläch,
enger Mezzanine an onverbauter Vue*

*zwou Schlofkummeren, 2 Buedzëmmer, grousst Iess- / Wunnzëmmer,
nei oppe Kichen, 2 Balcone, zouenen Garage, ...*

Fir weider Informatiounen oder fir eng Visitt, kontaktéiert eis gären per Telefon oder Mail :

+352 26 67 22 86

+352 621 29 79 59

christian.eilert@primushome.lu

www.primushome.lu

Unis dans la diversité ? Les valeurs comme fondement d'une identité européenne

Discours prononcé à l'occasion du colloque de la CESI « Ça sert à quoi ?
Une journée consacrée à l'Union européenne. Vivre et travailler dans l'UE. »
Paris, Palais du Luxembourg, 9 octobre 2023

Les règles de la rhétorique exigent de l'orateur qu'au début d'un discours, il sache attirer l'attention bienveillante et les bonnes grâces de son auditoire. Eh bien, pour ce faire, qu'y a-t-il de meilleur qu'une anecdote tirée du quotidien et par conséquent authentique et réellement vécue ? Un après-midi au mois de janvier 2019, je me rendais à mon bureau – le bureau du directeur de l'Athénée de Luxembourg, établissement d'enseignement secondaire datant de 1603 – et apercevais devant l'entrée de l'école trois hommes dont l'accoutrement me faisait penser à des ouvriers qui peut-être devaient effectuer quelques travaux de réparation. Les gilets couleur effervescente qu'ils portaient – je m'en suis rendu compte lorsque je regardais le journal télévisé le soir, relatant que trois « gilets jaunes » français du midi s'étaient rendus au Luxembourg pour se faire une idée d'un paradis fiscal et organiser éventuellement une manif – étaient donc moins une tenue de travail qu'elles exprimaient un sacerdoce politique. L'un d'eux était en train de lire attentivement à travers la porte vitrée notre charte scolaire ciselée en lettres dorées sur un grand tableau de pierre foncée suspendu au mur et, après s'être assuré que je travaillais dans cet établissement, m'a demandé de quoi s'agissait ce tableau. Et moi de répondre que c'était la charte de l'école qui énumérait succinctement les valeurs de la communauté scolaire. D'un air plutôt sceptique, il continuait son questionnement : « Est-ce que le goût de la performance est une valeur ? » J'ai répondu que pas nécessairement, mais s'il s'agissait d'un objectif commun, à atteindre ensemble et non pas l'un contre l'autre et pour le bien de tous, oui, c'était bien une valeur. À première vue, mon interlocuteur n'avait pas

songé à cette interprétation, mais bon, il était d'accord, cette explication avait du sens pour lui. Après avoir échangé encore quelques propos, j'ai pris congé de ces trois « gilets jaunes » qui étaient tout à fait polis et courtois – vertus que nous apprécions tant chez nos voisins français. Eux, ils se rendaient à leur manif au Kirchberg de la ville de Luxembourg.

La signification et la substance des valeurs

La remarque que l'un des dissidents faisait avec un air plutôt ingénu, nous plonge dans le vif du sujet car elle soulève implicitement la question si la notion de valeur peut être clairement, d'une façon univoque, explicitée, définie et saisie. Qu'est-ce donc une valeur ? – Une conviction, une attitude, des critères qui nous servent de guides pour faire la différence entre le bien et le mal ? – Alors qu'est-ce que le bien ? Qu'est-ce que le mal ? Vouloir avoir une définition du terme « valeur » et des différentes valeurs équivaut au désir de vouloir comprendre ce que c'est que la vérité. La volatilité intrinsèque de ce mot est d'abord un problème de langue, d'une langue dont la capacité d'exprimer un phénomène est très limitée. Car en effet, contrairement aux mots qui désignent une réalité concrète tels que « arbre » ou « voiture », les mots abstraits tels que « valeur » ne réfèrent pas à une matérialité palpable et, par conséquent, ne sauraient pas être définis distinctement. Posez la question sur la signification des termes « liberté », « dignité » ou « égalité » et vous allez recevoir, même dans des dictionnaires, trois réponses différentes. Ainsi la langue, principal outil de nos pensées, de notre communication... et de nos traités politiques, reste floue et matière à interprétation.

Comme il ne s'agit pas de réalités concrètes, les valeurs, d'un point de vue phénoménologique, ne « sont » pas, n'existent pas, mais se constituent selon l'expérience vécue d'un chacun ou d'un collectif, c.-à-d. dépendent des circonstances historiques, socio-économiques etc., voire d'un « discours dominant », pour citer Michel Foucault. La « liberté » est ce que l'on dit, pense, ce que l'on écrit de la liberté : ce sont les discours dominants tels que la politique, l'éducation, les confessions religieuses, la jurisprudence, finalement la majorité ou le collectif qui nous dictent l'essence de ces valeurs. Ainsi le discours est une force productive capable de susciter, de modifier et même de détruire les valeurs qui sont dépourvues d'une substance intrinsèque. Comme nous ne disposons pas d'une définition catégorique des valeurs et que c'est le discours, la conception en partie individuelle qui détermine celles-ci, il n'est pas étonnant qu'elles soient de temps à autre remises en question sinon bafouées, méprisées et piétinées dans certains coins de la terre.

Pour pouvoir recourir à des valeurs comme légitimation pour agir, il vaudrait ainsi mieux parler de « principes ». Les valeurs de l'Union européenne telles que mentionnées à l'article 2 du Traité de Lisbonne, à savoir « le respect de la dignité humaine, de liberté, de démocratie, d'égalité, de l'État de droit, ainsi que de respect des droits de l'homme, y compris des droits des personnes appartenant à des minorités. » (Journal officiel de l'Union européenne, C. 326/17) représentent de prime abord des principes de droit, des principes juridiques qu'il faut respecter dans toute action publique, qu'il s'agisse de l'Union européenne elle-même ou de ses États membres. Quiconque viole ces principes qui servent, après les catastrophes du vingtième siècle, à limiter l'exercice du pouvoir et à éviter les excès totalitaires, est susceptible d'une sanction – l'une préventive, en cas de « risque clair de violation grave », l'autre punitive, en cas de « violation grave et persistante ». Contrairement aux valeurs dans un sens éthique, comme engagement moral, les principes comme critères clairement définis permettent d'agir et de réagir. Le degré de liberté en tant qu'absence de



Dans le cadre de la conférence « Ça sert à quoi ? Une journée consacrée à l'Union européenne » organisée par la CESI le 9 octobre 2023 au Sénat à Paris, Claude Heiser, Premier Vice-président de la CGFP et Vice-président de l'Académie Europe, a prononcé ce discours sur les valeurs européennes.

contrainte réelle, de subjugation et d'exploitation peut être mesuré tandis que la liberté comme sentiment subjectif et appréciation personnelle nous échappe.

Et pourtant nous parlons de valeurs européennes comme d'une « façon de parler, de vivre, de sentir, d'œuvrer » (Mattera 2008, p. 33) et ce mode de vie, cette perception d'une société juste qui nous semblent innées sont bel et bien le résultat d'un long discours qui s'est développé au fil des siècles, dans différentes régions et à différentes époques de notre vieux continent. Pour pouvoir saisir la signification de nos valeurs, il faudra, tel un archéologue, « déconstruire » les différentes couches sur lesquelles notre société européenne s'est fondée, il faudra analyser l'archive de nos valeurs et retrouver le fondement de ce que nous appelons l'esprit européen. Et nous pourrions constater que ces origines, communes bien que supranationales, reflètent déjà une unité dans la diversité.

Les origines communes

Lors de son discours inaugural dans une école à Heilbronn, le premier président de la République fédérale d'Allemagne Theodor Heuss expliquait en 1950 que l'origine de l'Occident, son point de départ se situait sur trois collines, à savoir Golgotha, l'Acropole à Athènes et le Capitole romain, renvoyant ainsi aux souches judéo-chrétiennes et gréco-latines de notre civilisation.

Après les crimes perpétrés contre l'humanité par le totalitarisme, au centre de toute constitution moderne et des idées juridiques en Europe se trouve la « dignité humaine », droit fondamental d'abord parce que, suivant le livre de la Genèse, l'homme a été fait à l'image de Dieu ; il est d'ailleurs intéressant de constater que cette divinité de l'être humain ne se limite pas au discours chrétien mais se retrouve également dans les théories des Stoïciens latins qui partent de l'idée que chaque être humain dispose d'une dignité, indépendamment de



Identité européenne signifie adhérer aux valeurs communes d'une Europe qui a construit et développé son être par son esprit, ses pensées, sa religion, sa philosophie, ses arts, bref, par sa diversité. Et cette diversité elle-même constitue peut-être la valeur universelle de l'Europe. Il ne faut pas que tolérer cette pluralité mais il faut en être intimement convaincu et la vivre.



« Une poignée de gilets jaunes, partis du sud de la France, est arrivée lundi matin sur le plateau du Kirchberg », communique Le Quotidien le 8 janvier 2019. En route vers le quartier européen, ils faisaient d'abord une courte halte devant les portes de l'Athénée de Luxembourg.



Les valeurs de l'Union européenne telles que mentionnées à l'article 2 du Traité de Lisbonne représentent de prime abord des principes de droit, des principes juridiques qu'il faut respecter dans toute action publique, qu'il s'agisse de l'Union européenne elle-même ou de ses États membres.

ses fonctions, de son rang social ou de sa réputation : chaque homme est, à leurs yeux, un descendant des dieux et peut se prévaloir de sa dignité inaliénable à cause de sa capacité de penser et de son libre arbitre. Et – pierre angulaire de la philanthropie – « l'homme doit être bienveillant envers l'homme, parce que ce dernier est un fragment de Dieu. » (Fiasse 2002, p. 533) L'égalité de tous les hommes, étroitement liée à leur dignité, est mentionnée, pour la première fois expressément, dans l'épître de Saint Paul aux Galates : « Il n'y a ni Juif ni Grec, il n'y a ni esclave ni homme libre, il n'y a ni homme ni femme ; car tous vous ne faites qu'un dans le Christ Jésus. » (3, 28) Le respect d'autrui, élevé à une valeur quasiment universelle dans le christianisme, n'est – comme je l'ai montré au début de mon exposé – pas inné mais repose sur un discours religieux et sur un consensus tacitement accepté par une majorité. Néanmoins, cette même valeur, arrêtée comme principe majeur dans un traité à respecter par tout le monde, reste très fragile comme notion morale : il suffit de regarder la vie quotidienne où le comportement irrespectueux, le dénigrement et le harcèlement, dans le cyberspace par exemple, sont monnaie courante. Somme toute, beaucoup de principes juridiques de nos jours, l'interdiction de tuer, de voler, beaucoup de principes moraux qui nous permettent de vivre ensemble et en paix, tels le pardon, l'amour du prochain – cités dans les Saintes Écritures aussi bien juives que chrétiennes – se basent sur le judéo-christianisme qui ainsi représente un des fondements de notre société et de notre culture européennes.

Avec Hérodote et Clithène nous nous dirigeons vers la Grèce antique : l'un, historien, qualifie – à l'instar des Spartiates qui, sur ordre de Léonidas, ont barré le chemin pendant deux jours aux Perses pour que les Grecs puissent se retirer et préparer leur riposte, réussie d'ailleurs – de *europaoi* les hommes qui sont prêts à sacrifier tout, même leur vie, pour défendre le bien suprême qu'incarne la liberté. (cf. Mattera 2008, p. 34) L'autre, homme politique, réforme les affaires publiques autorisant dès lors tout citoyen à participer au gouvernement, qui devient ainsi un « gouvernement du peuple », une démocratie, régime politique si cher aux pays de l'Occident.

Ce sera la Rome antique qui, comme première république, couchera par écrit un corps juridique auquel nous nous référons encore aujourd'hui, le *jus universale*, « véritable socle du droit qui gouverne l'Europe de nos jours » (ibid.). Nous avons affaire à un État gouverné par le droit et non par une personne, contrant ainsi le libre arbitre politique et

assurant à un chacun l'égalité des droits et devoirs : La « par *condicio civium* », donc l'égalité de condition, assure, telles les réflexions de Cicéron dans son Traité de la République (cf. *De re publica* I, 32, 49), aux citoyens romains l'égalité juridique quelles que soient les inégalités naturelles. (cf. Moatti 2001, note en bas de page 67, p. 827) Finalement, la *Pax Romana* d'Auguste aspire à l'unité et non pas à l'uniformité des peuples, s'efforçant à intégrer et non à dominer les sujets de l'Empire et à en accepter les spécificités. (cf. Mattera 2008, p. 34)

Voilà que quelques exemples de ces différentes couches qui constituent le fondement de notre société européenne et qui ont, comme discours dominant et productif, créé et développé des valeurs qui nous servent de guides, d'orientation non seulement pour construire notre vie mais aussi pour conserver notre esprit et notre société humanistes.

Vers une identité européenne ?

Cependant, puisque, comme nous l'avons vu, les valeurs ne sont pas définies clairement, qu'elles dépendent d'un discours dominant, du contexte dans lequel nous vivons, comment est-il possible qu'une identité européenne naisse, que les valeurs fassent partie de notre mode de vie ? Comment faire en sorte que ces valeurs subsistent et se consolident ? Que faire pour que ces valeurs deviennent partie intégrante de notre identité puisqu'elles sont si floues, si fragiles, si volatiles ?

Nous parlons d'une identité européenne qui s'est construite durant environ 25 siècles, nous référant aux livres sacrés, aux philosophes, artistes, hommes politiques de renommée qui sans aucun doute ont promu un humanisme que l'on peut qualifier d'euro-péen. Mais n'empêche que cette universalité se heurte à l'individualisme tant des personnes que des nations, individualisme qui constitue à lui seul une valeur fondamentale, si nous pensons aux droits de l'homme qui sont des droits d'un chacun sans exception. Le philosophe politique Pierre Manent constate : « Le problème de l'universalisme européen actuel est qu'il est devenu l'ennemi des associations humaines, au nom des droits individuels. » (Valentin 2021) L'universalisme des valeurs et de leur signification, uniquement tangible par la connaissance et la prise de conscience de notre histoire, de notre histoire intellectuelle, de notre culture se heurte tantôt à l'ignorance, tantôt aux interprétations personnelles, généralement dues au vécu, aux expériences et aux intérêts personnels dont la réalisation est revendiquée au nom de l'individualité. L'individualité – les connaissances ou ignorances ainsi que les besoins per-



Pour construire et promouvoir une identité européenne, les valeurs doivent devenir en quelque sorte « innées », spontanées, évidentes, communes et acceptées par tous – Une jeune femme participant à la « Fête de l'Europe » organisée par l'ONG européenne Eurocircle le 9 mai 2014 à Marseille.

(© BORIS HORVAT/AFP)

sonnels – s'oppose diamétralement à la notion de communauté. Par conséquent, pour construire une identité digne de ce nom, afin de promouvoir une identité européenne, les valeurs doivent devenir en quelque sorte « innées », spontanées, évidentes, communes et acceptées par tous. Vu que ces valeurs sont intrinsèquement sans substance, immatérielles, intangibles, et comme leur concrétisation ne peut se faire qu'en passant à l'action, il ne suffit pas de les proclamer, de les transmettre, mais elles doivent impérativement être vécues.

Promouvoir les valeurs européennes

Vivre les valeurs présuppose qu'on les connaisse, qu'on en prenne conscience et qu'on les intègre au fond de soi-même comme appareil de mesure en vue de nos actions futures. Telle que la « belle âme » classique de Schiller qui est juste, droite et bonne non par conviction mais par déduction et fait du bien spontanément, les valeurs doivent constituer une partie intégrante de notre être ; dès lors, nous pourrions parler d'une véritable identité européenne. Pour ce faire, un rôle essentiel incombe à l'éducation qui non seulement doit transmettre des valeurs, mais également les faire vivre. Bien sûr, l'intégration de l'histoire surtout culturelle et idéale de l'Europe dans les cours d'histoire, de lettres, de philosophie, ou même la création d'une discipline européenne dans les curricula nationaux est importante pour éviter que les jeunes deviennent des adultes qui ignorent leur origine. Mais beaucoup plus important est la mobilité intellectuelle telle qu'elle a été déjà pratiquée depuis le Moyen Âge dans différentes villes européennes comme Bologne, Paris, Oxford où l'on enseignait à une jeunesse venant de tous les coins de l'Europe une culture universelle fondée sur des bases communes tant judéo-chrétiennes qu'antiques. Vivre les valeurs se fait sur le terrain, ensemble, par des échanges scolaires, des projets multiculturels qui permettent non seulement d'apprendre à connaître d'autres coutumes mais de partager des expériences. Vivre les valeurs signifie avant tout rapprocher les nations comme nous disposons d'un berceau commun, d'un

fondement éthique malgré toutes nos différences : et ce rapprochement doit être réalisé et est déjà réalisé en partie par le biais de l'emploi, de l'enseignement, de la mobilité, de l'interculturalité... et même par le biais du syndicalisme où une confédération telle que la CESI s'efforce à défendre sur le plan européen principalement les intérêts de tous les salariés publics. Et cet échange de bonnes pratiques devrait être suivi d'une *mise en commun* des bonnes pratiques.

Le concept d'une identité européenne fondée sur des valeurs communes est celui d'une identité « supra-individuelle » qui dépasse l'individualité et s'articule par la diversité, par une réalisation de soi tout en acceptant et en promouvant une réalisation d'un « nous ». Cette identité n'est possible que par un renoncement à l'isolement, à l'approche nationale du loup-solitaire et par la création et la consolidation d'une société pluraliste et d'une véritable fusion des cultures empêchant les sociétés parallèles. Voilà un véritable défi puisqu'une identité européenne, pluraliste exige d'un chacun d'être convaincu de la justesse de nos valeurs fondamentales ; et il faudra surtout réussir à ce que chaque individu puisse se reconnaître dans cette identité commune. Bien que nous n'ayons pas créé ensemble un « nouveau monde » tel que les Américains l'ont fait sur un autre continent il y a plus que trois cents ans, nous sommes nés tous sur le même continent et y vivons depuis des millénaires – ainsi il devrait quand même être possible de nous unir, d'être fiers d'être Européens. Identité européenne signifie aussi reconnaître les souches judéo-chrétiennes (même si l'on est agnostique ou athée) et non pas éclipser la mémoire. Identité européenne signifie aussi adhérer aux valeurs communes d'une Europe qui a construit et développé son être, sa substance peut-être par son esprit, ses pensées, sa religion, sa philosophie, ses arts, bref, par sa diversité. Et cette diversité elle-même constitue peut-être la valeur universelle de l'Europe. Il ne faut pas que tolérer cette pluralité mais il faut en être intimement convaincu et la vivre.

Claude Heiser

Bibliographie :

FIASSE Gaëlle (2002) : Les fondements de la philanthropie dans le nouveau stoïcisme, deux cas concrets : l'esclavage et la gladiature, in : Les études philosophiques n° 63 (2002/4), p. 527-547.

JOURNAL OFFICIEL DE L'UNION EUROPÉENNE (2012) : Traité sur l'Union européenne (version consolidée), 26.10.2012, C. 326/13-45.

MATTERA Alfonso (2008) : Les valeurs identitaires de notre « européenité » :

vingt-cinq siècles d'histoire, de Socrate à Jean Monnet, in : Construire l'Europe : Mélanges en hommage à Pierre du Bois, Genève, p. 33-44.

MOATTI Claudia : *Respublica et droit dans la Rome républicaine*, in : Mélanges de l'École française de Rome. Moyen-Âge, tome 113 (2001/2), p. 811-837.

VALENTIN François / GONZÁLEZ-GALLARZA Jorge (2021) : L'Europe est-elle post-chrétienne ?, in : Le Grand Continent (14.10.2021).



MAISON DE SOINS
Résidence 5 étoiles

Aktiv a gutt encadréiert

D'Liewe genéissen an de
Jardins d'Alysea

D'Fleegeheim Les Jardins d'Alysea ass net nëmmen en zweet Doheem fir eeler Leit, déi Rou an Erhuelung sichen, mee och eng dynamesch Gemeinschaft, déi Wäert op en aktive Liewensstil leet. D'Haaptzil vun dëser 5-Stäre-Fleege-residenz ass et, datt d'Bewunner den Alter aktiv liewe kënnen duerch eng Panoplie vun Aktivitéiten.

Dank dem Knowhow vum engagéierte Personal, dat sech vill Méi gëtt bei der Organisatioun vun ofwiesslungsräichen therapeuteschen Aktivitéiten, kann d'Fleegeheim de Bewunner en Alldag bidden, dee beräichert a stimu-



léiert. Hiren opmierksamen Asaz mécht dëst Altersheem zu enger lieweger Gemeinschaft, wou all Eenzelen op senger Rees an e méi aktiivt an erfëllt Liewe begleet gëtt.

Nieft de Bastelateliere ginn a Les Jardins d'Alysea eng Rei aner Aktivitéite fir d'Motorik ugebueden, bei deenen d'Bewunner encouragéiert ginn, sech kënschtlersch a kreativ auszedecken. Dës Aktivitéiten dëngen net einfach dem Zäitverdreif, mee fërderen d'Konzentratioun, d'Gedold an d'Koordinatioun.

Gesellschaftsspiller bidde vill méi wéi just Ennerhalung. Se fërdere sozial Interaktiounen a verstärken d'Bindung tëscht de Bewunner. Einfach Spiller wéi Schach, Kaarten oder Domino encouragéieren d'Kommunikatioun, d'Konzentratioun an d'Capacitéit, Problemer ze léisen. Esou gëtt déi mental Vitalitéit vun de Participantë gestärkt.

Nieft den Aktivitéiten, déi ennerhalb vun der Residence organiséiert ginn, proposéiert

d'Fleegeheim och therapeutesch Ausflüch. D'Bewunner hunn d'Méiglechkeet, d'Land an esouguer d'Grenzregioun ze entdecken bei Ausflüch op d'Schueberfouer, u Bord vun der Princesse Marie-Astrid oder bei enger Visitt vum Palais Royal zu Kirrwiller (Frankräich), esou datt den intellektuelle Virwëtz stimuléiert gëtt, de Rapport zu hirer Ëmwelt erhale bleift an hir Vue op d'Welt ronderëm erweidert gëtt.

En aktiivt Liewen am Fleegeheim beinhalt vill méi ewéi just Motorikexercicer. Et ass en Engagement fir dat integraalt Wuelbefanne vun de Bewunner ze garantéieren; se ze encouragéieren, fir geeschteg, kierperlech an emotional aktiv ze bleiwen. Dës dynamesch Aktivitéite stärke d'Gefill vu Gemeinschaft, bidden d'Méiglechkeet och am Alter all Dag bäizelieren a virun allem erlabe se de Bewunner, all Dag voll a ganz auszuliewen.



48, rue de Hellange
L-3327 Crauthem
Tel.: 27 12 93-1
welcome@alysea.lu
www.alysea.lu



brun@more

*Hausmaacher Fleeschspezialitéiten an Charcuterie
aus regionaler a lokaler Produktioun*



A  **Metzlererei**
WIETOR
Beefort - Iechternach - Veianen
facebook : Metzlererei Wietor
www.wietor.lu



CH **OLMEDO**
CREAHAUS

**VOUS RECHERCHEZ
UN BIEN À L'ACHAT
OU À LA LOCATION**

MAISONS | APPARTEMENTS
SURFACES BUREAUX & COMMERCES

☎ 31 61 350 | WWW.CREAHAUS.LU | INFO@CREAHAUS.LU | L-8010 STRASSEN | © f in



E Gespräch ënner Fachleit

„Salut, wéi geet et?“

Wa mer eis mol ënnerwee op der Strooss oder an de Geschäfte begéinen da sinn dës véier Wieder nawell gären d'Begréissungsformel tëscht méi oder manner gudden Bekannten. Jee nodeems, wéi et em Laun an Zäit bestallt ass, fällt eis Äntwert dann och méi oder manner laang aus.

Oft gëtt d'Fro allerdéngs nëmmen aus puerer Héiflechkeet gestallt an di frëndlech Persoun wollt eigentlech just e sympathesche „Moie“ beim laanschtgoe soen. Ween an esou engem Fall da stoe bleift, fir mat engem ausféierleche Bericht iwwert dat perséinlecht Befannen ze äntweren, bréngt säi Vis-a-vis eventuell zimmlech rapid an d'Laberenten an et kéint mol sinn, dass deem seng Héiflechkeet op eng zolidd Gedoldsprouf gestallt gëtt.

Et wier natierlech och net auszuschléissen, dass eisen onvorsichtige, kuerze „Ma tipptopp! A selwer?“ mat enger längerer Tirade beloungt gëtt, vrun där mer einfach net méi fortkommen. Do kann et dann duerchaus virkommen, dass een sech vum Géigeniwwer sengem Wuertschwall nach just mat engem demonstrative Bléck op d'Auer op en zäitnoe, wichtege Rendezvous flücht, deem am Kalenner vun de fiktive Reunione beim Sankt Nimmerlein notéiert ass.

Mat enger Floskel wéi „Ech melle mech!“, „Ech ruffen der un!“, „Mir müssen eis onbedéngt eng Kéier gesinn!“ asw. maache mer eis séier aus dem Stébs, woubäi genee gewosst ass, dass déi Zort Ausso nëmme seelen eescht gemengt a meeschtens genau sou eidel an ouni Konsequenze wäert sinn, wéi dat och soss iwwerall op der Welt üblech ze si schéngt

An eise sougenannte „schnelliewegen Zäite“ bleibt ebe kaum nach Sputt fir e spontaant Gespräch oder eng improviséiert Kaffispaus. Mat engem ale Kolleeg einfach esou, matzen am Dag, „à l'improviste“ eng Auszäit aleen, fir een huelen ze goen, ass scho bal eng Saach vun der Onméiglechkeet.

Èmsou méi interessant gëtt et da wann de Kontakt net direkt nees ofbrécht, a béid Säite sech tatsächlech op en Austausch aloossen.

Jee nodeems wéi gutt di zwee sech kennen a wéi laang et hier ass, dass se sech fir d'lescht gesinn hu, kann d'Entrée an d'Gespräch allerdéngs méi oder manner holperch an d'Èmweeër

bis op di méi perséinlech Sujete knapp oder laangotmech ginn.

„La pluie et le beau temps“

Natierlech ass fir esou Geleeënheeten d'Wieder en dankbaren Ufank. Als éischter neutralt an onverfänglecht Thema ka jiddereen heiriwwer schwätzen a seng perséinlech Beobachtungen an Usiichten dozou matdeelen. Am Normalfall, also virausgesat kee vun den zwee Gesprächspartner ass Wënzer, Gäertner oder Bauer, gëtt een sech och zimmlech séier eens dass et entweder ze waarm, ze kal, ze dréchen oder ze naass ass, an dass an der Lescht souwiso einfach kee Verlooss méi op eis Meteo ass.

Ganz séier kéint di harmlos Pote rei dann allerdéngs eng Grimmel mi verfänglech gi, wann een net méi just vum aktuelle Wieder, mee op eemol op d'Klima ze schwätze kënn a vun do aus sech iwwert de Klimawissel an d'Klimakatastroph ausléist.

Zwar sinn di meescht vun eis, ènnert anerem, längst schonn zu Meteorologen a Klimaexperte mutéiert an awer, oder grad dowéinst, hu mer zu dësem Thema beileiwen net all déi nämmelecht Meenung a scho guer net di selwecht Astellung.

Fir deen ee kann et sech em eng batereescht a bedréckend, jo fatal Realitéit handele, während fir deen anerem an deem Kontext d'Lompen vläicht duerchaus schonn e besser sténke, mais nach laang net alles gelaf a verluer ass.

Sou kéinte mol ganz séier zwou entgéintgesate Meenungen opene knuppen, déi eng vum Prinzip Verantwortung an déi aner vum Prinzip Hoffnung. Während dee méi besuergte Bierger sech iwwert di generell Onbekëmmerteit an egoistesche Aart a Weis vun der Allgemengheet verwonnert an opreegt, fënn deen ale Bekannten dat ganz Gestreits ronderëm d'Èmwelt an déi düster Weltënnergangsstëmmung, déi vun deenen Naturfritzië verbreet gëtt, total iwwerzunn an dernieft.

„Op eise Stroossen“

Fir net direkt am Sträit ausereneen ze goen an dem Gespräch eng zweet Chance ze ginn, drängt sech e rapiden Themewissel op, a scho landen déi zwee beim vill kommentéierte Verkéierschaos op eise Stroossen. Egal wéi een dat Thema dréint a kéiert, ka wuel keen ofstreiden, dass et op deem Terrain scho mi laang

eng Partie fatzeg Problemer gëtt. Et kann ee wuel och kaum gedeelter Meenung doriwwer sinn, dass déi a leschter Zäit éischter bäi- wéi ofgeholl hunn.

Sou gëtt een sech séier eens, dass dat definitiv net esou weider ka goen an et wier dach elo wierklech sou lues un der Zäit, fir endlech op der Sait vu Politik a Verwaltung di noutwendeg Schrëtt z'ënerhuele fir bei deem leidegen Thema ee fir allemol Remedur ze schafen.

Èmmerhi jongléieren „Déi-do-uewen“ mat engem fatzeg décke Batz Steieren, déi eisere Joer fir Joer muss berappe, fir dee ganze Betrib um Rullen ze halen. A wat maachen déi da mat deem fatzegen Zaster, deen se eis op esou eng brutal Manier ofgeluchst hunn?

Se geheien en zur Fënster eraus mat onsënnege Projeten, em déi kee Mënsch se gefrot huet!

Wat huet dann zum Beispill dee gratis ëffentlechen Transport um eigentleche Problem vu Stau a verstoppte Stroosse geännert?

Dobäi kascht deen eis dach Dag fir Dag d'An aus dem Kapp.

Net ze schwätze vun deem onsäglichen Tramsreseau an der Stad, deen den Autosverkéier dach just nach méi zougesat an d'Fueren do scho bal onméiglech gemaach huet.

Während deen ee sech bei dësem Thema ëmmer méi an den Äifer riet, denkt deen anerem am Stëlle bei sech, dass hien a seng Famill am Fong scho mi oft vun dësem gënschtege Service profitéiert hunn an deen och eigentl-

ech an hirem Alldag net méi mësse wëilten.

A souwiso, fiert deen da weider, fir net schonn nees op enger Meenungsdifferenz ze landen, wier den eigentleche Wuerm dach an engem komplett anere Batz ze sichen: D'Ursach vun dem éiwege Verkéiersmisär läit dach a Wierklechkeet déisäit vun eise Grenzen. Wann net all Dag aus den dräi Nopeschlänner d'Frontalieren zu Honnerttausenden eist Ländche géifen iwwerschwellen, da wier de ganze Problem dach vun haut op muer geléist a vergiess.

Di éiweg Schantercher

An et wier och mol endlech Schluss mat deene grujelege Bauplazen uechtert d'ganz Land. Déi sinn dach just nëmmen do, well di Hellewull vu Pendler eist Stroossennetz sou hoffnungslos iwwerlaaschten a futti maachen.

An dann di Hellewull vu Kranen, déi iwwerall wéi Pilzen aus dem Buedem schéissen; Bauplaze, wou's de nëmmen hikucks. A wat bréngt dat Ganzt da mat sech?

Alt nees nei Bürosgebaier a Geschäfte, déi rëm eng weider Hickecht u Frontalieren an de Grand-Duché eralackelen. Wou hält dat op? Gläich hu mer ganz Lëtzebuerg komplett zougebaut an a Beton gegoss.

Manner wier hei méi!

Et gëtt héich Zäit, dass do mol een e Schlusstréck zitt, mir si jo schliisslech net do fir den Nopeschlänner hir Leit aus der Groussregioun ze beschäftegen!

Fortsetzung op der Sait 27





PVC



ALU



BOIS



**PORTES ET
FENÊTRES**
PVC | BOIS | ALU
VERANDAS
PERGOLAS

**VENEZ DÉCOUVRIR NOTRE SHOWROOM ET
PROFITEZ DES CONSEILS DE NOS SPÉCIALISTES !**

**SHOWROOM**

181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Nous vous accueillons

Lundi au vendredi, de 9:00-18:00 h
Samedi, 09:00-13:00 h

Ou sur rendez-vous : www.metalica.lu

**Groupe
renovation.lu**
Handwerk aus Lëtzebuerg

www.renovation.lu

288 308



Fortsetzung von der Seite 25

Dës Aschätzung geet dem Vis-à-vis dann awer eng Iddi ze wäit, schliisslech war dee seng ganz Karriär iwver vun auslänneschen Entreprises ofhängeg an huet mat deenen net nëmme gutt verdingt, mee duerch si och vill Kolleegen a Frënn vun „doiwwer“ kennen a schätze geléiert.

Trotz dem Risiko vun engem harmlose Gespréich an eng handfest Sträitdiskussioun eranzerutschen, kontert hien domadder, datt ouni all di Leit, déi Dag fir Dag aus der Grenzregioun bei eis eriwverpendelen, dem Ländche wuel ganz séier d'Loft géif ausgoen.

Net nëmme de Bausecteur, och de Commerce, d'Gastronomie, d'Distributioun an d'Gesondheetsweise wiere vun haut op muer um Enn, wann déi ëmmer méi impressionnant Kohorte vun auslännesche Fachkräften op eemol net méi heihinner géife schaffe kommen. Ausserdeem, mol ganz ofgesinn dovunner, datt de Finanzsecteur als Mëllechkou vun der Natioun haaptsächlech mat auslänneschem Kapital jongléiert, ass och dee Beräich op den deeglechen Asaaz vun enger Abberzuel u Spezialiste vun iwverall bausent dem Grand-Duché ugewisen. Mat deem Dag, wou d'Bau-a Strooseschantercher bei eis un d'Hale kéimen, géif gläichzäiteg wuel och d'Enn vun eisem Wuelstand agelaut ginn.

„Made in PRC“

Entgéint deem, wat een sech hätt kënnen erwaarden, geet de Géigeniwwer net an d'Attack, mee wénkt mam Kapp a mat den Hänn, wéi wann hien dat alles genee d'selwecht geséich a seng Behauptunge vu virdu jo och net esou gemengt wieren.

Mee bei all deem wier et dach awer eng Tatsaach, datt um Bausecteur a virun allem bei den Immobilien an der Lescht wierklech alles d'ënnescht d'ieweschtt leeft. Wann ee bedenkt, wat ewell fir en einfacht Haus oder och nëmme en Appartement gefrot gëtt, da ginn engem jo d'Dronkenellen aus. D'Präisser, déi do verlaangt ginn, déi ka sech jo keen normale Mënsch méi leeschten. Dowéinst gëtt jo neierdängs och well iwverall vun deenen „tiny houses“ dorëmmer geschriwwen a geschwat.

Anscheinend wier dat en Deel vun der Léisung fir eise Problem um Wunnengsmaat. Déi gi quasi fäerdeg geliwert a just nach op der Plaz u sämtlech Infrastrukturen ugeschloss. Domadder

géif präiswäerten an ëmweltfrëndleche Wunnraum geschaf, deen ausserdeem wéineg Aarbechtspersonal an e Minimum un Zäitopwand erfuerdere géif.

Och de Bauplazproblem an déi CO₂-Geschicht kréich een esou besser an de Grëff, a fir dat Ganzt ze toppe, kéint ee, falls noutwendeg oder gewünscht, déi Haisercher souguer vun engem op en aneren Terrain verréckelen, e bësse wéi eng gréisser Roulotte.

De Vis-à-vis, deen di Saach och schonn aus der Zeitung kennt, weist sech éischter skeptesch. A vu wou sollen déi kleng Bungalowen dann iwverhaapt hierkommen a wee géif se da bauen.

D'Argument vun der besserer Energiebilanz léisst hien och net gëllen.

Wann déi nei Haiser net mi hei am Land gebaut ginn, da gëtt d'Natur eben op enger anerer Plaz domadder belaascht a verhonzt. Dat ass dach wéi mat all deene Saachen, déi mer ewell hei an eisem Alldag benotzen an och hei kafen, déi awer a China hiergestallt ginn. Sou lues awer sécher wäerte mir hei am Westen nach alleguer komplett ofhängeg vun där Volleksrepublik aus Ostasie ginn. Egal wat's de haut keefs, et kënnt dach bal ëmmer vun do.

Dat Thema passt deem aneren nawell grad an de Krom. Deem war nämlech deslescht opgefällt, datt bannen op der Etikett vu senger fonkelneier Jeans aus engem deiere Stater Geschäft „made in PRC“ stoung. Et hat een Ament gedauert bis en dropkoum, datt et sech dobäi ëm d'„Peoples Republic of China“ gehandelt huet. Bausen op der Box stoung zwar den Numm vun enger zimmlech renommierter europäescher Mark, mee ganz offensichtlech huet déi hir Produkter net méi all selwer hiergestallt. Hien hat sech dunn doheem e bëssen ameséiert, fir mol eng Grimmel méi genee ze kucke, vu wou dann eigentlech dat sëllegt Geschier, wat sech mat der Zäit esou am Haus ugesammelt huet, eigentlech hierkënn. Net schlecht gestaunt hat en du, wéi e bei senger klenger Enquête festgestallt hat, wéi vill chineesesch Produkter sech a säi Lëtzeburger Stot erageschlach haten. Dat gongt vun engem sëllege Kichegeschier, iwver Computer an Hifi bis an d'Garderob an d'Buedzëmmer; souguer d'Bulle fir op de Chrëschtbemche koume vun do. Iwwerall louchen a stoungen d'Produkter vun där „Republik“ mat de giele Stären um roude Fändel.



Michel Charvet, 1995

Mam SUV an de Recycling

A wann een da mol kucke géif, wat op eise Stroossen sou dorëmmer fiert oder besser gesot am Stau steet, da geséich een neierdängs souguer SUVe vun do, huet de Vis-à-vis sech zu Wuert gemellt. An iwverhaapt kéimen ëmmer méi Bestanddeeler vun eisen europäeschen Autoe aus Fernasien an neierdängs eben och aus China.

Dat géif sech an nächster Zukunft och ganz sécher net vill änneren, huet deen anere gemengt. Grad beim Automobil, wou jo alles ëmmer méi elektronesch gereegelt gëtt, wier Europa an och Amerika längst vum asiatesche Maart ofhängeg. Besonnesch mat der Entwécklung a Richtung Elektroauto wier eis Ofhängegkeet vun där Géigend längst virprogramméiert. Schon eleng di gewaltig Laascht u Batterien, déi ee fir di schwéier Gefierer bräicht, kéimen dach zum gréissten Deel vun dohannen. Wéi jo bal alles, wat mat Strom an Elektronik ze dinn huet.

Dobäi misst een sech dach eigentlech mol d'Fro stellen, ob mer all déi Apparaten a Gimmicken, déi mer eis anscheinend dauernd mussen uschaffen, iwverhaapt brauchen. Net just den zweeten Auto, deen natierlech all puer Joer muss ersat ginn, mee och soss dat ganzt Ëmgeréits, wat heizuland ewell e modernen, zäitgemässe Stot ausmësch. Wann een sech da mol an de lokale Recycling-Zentere ukuckt, wat do alles ewechgehäit gëtt, da gesäit ee sou richteg „live und

in Farbe“, wéi eis Iwwerflussgesellschaft funktionéiert. Do komme Leit mat deenen déckste SUVen ugeschäert a schmässe kéipweis Saachen ewech, déi oft net nëmme nach tipptopp an der Reisi, mee heiansdo souguer nach am Originalkarton sinn an ni ausgepaakt goufen.

Deen Anere wénkt ganz äifreg mam Kapp a mengt, datt dach dee gréisste Koup Offall vun deene jonke Famillje mat hire klenge Kanner verursaacht géif ginn. Besonnesch no de Feierdeeg kéimen do richteg Bierger u faarwegem Plastik op den Tipp. Dat wier jo da vun Ufank un di richteg Erzéiung a Saachen Ëmwelt an Natur.

Apropos Kanner, denkt en dunn op eemol a fiert sech mat der Hand un d'Stier. Do hat e jo ëm een Hoer de Rendezvous mat Duechter an Enkelin am „Macdo“ komplett verluppt. Huerteg hieft e seng sëllegen Akafstute rëm op a gëtt dem Gesprächspartner en Zeechen, datt e sech awer elo wierklech muss op de Wee maachen.

Dee kuckt op d'Auer an ass selwer erféiert, wéi séier d'Zäit alt nees fortgelaf war. A während deen ale Bekannte sech Hals iwver Kapp dervu mécht an iwwert de Gang vum Akafszentrum a Richtung Parking leeft, rífft en deem nach no:

„Da maach et nach gutt an der Pensioun!
Mir gesinn eis jo da vläicht nees am Wanter op Teneriffa!“

Roger Roth

WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE

Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

IHRE TREPPE
LEICHT
HINAUF UND
LEICHT
HINUNTER

Entdecken Sie den Treppenlift
und den Hauslift von TK Elevator.
Kostenloses Preisangebot und
Beratung telefonisch unter
40 08 96 oder per E-Mail unter
luxembourg@tkelevator.com

www.tkelevator.lu



MOVE BEYOND

PORSCHE



Puissance et élégance redéfinies.

CAYENNE ET MACAN, L'EXCELLENCE PORSCHE À CHAQUE VIRAGE.

Porsche Zenter Lëtzebuerg

Garage André Losch S.à r.l.
5, rue Peternelchen
L-2370 Howald
T. +352 26 36 31 - 1
porsche.lu

Porsche Zenter Roost

Garage André Losch S.à r.l.
4, rue André Losch
L-7759 Roost
T. +352 26 36 31 - 1
porsche.lu

**AUTO
FESTIVAL**
20 JAN - 3 FEV 2024

60^e
ANNIVERSAIRE

Porsche Macan : consommation et émissions CO₂ en cycle mixte WLTP : 10,1 - 10,7 l/100km - 228 - 243 g/km
Porsche Cayenne : consommation et émissions CO₂ en cycle mixte WLTP : 25,4-26,5 l/100km - 33-42 g/km

Valeurs déterminées suivant la méthode de mesure légale obligatoire. Vous trouverez de plus amples informations sur www.porsche.com/wltp ou auprès de votre conseiller de vente Porsche.



SPÉCIAL MOBILITÉ

fonction
publique

Vers une mobilité de plus en plus durable

Parmi quelques autres thématiques parfois étroitement liées, les transports représentent l'un des plus grands enjeux des années à venir. Pour répondre au mieux à l'engorgement croissant des centres urbains et à une pollution galopante, les défis en matière de mobilité sont nombreux.

Contrairement à ce que l'on pourrait imaginer, la mobilité ne se résume pas au fait de se déplacer plus confortablement et plus vite. Aujourd'hui, plus que jamais dans toute l'histoire de l'humanité, elle reflète la société. Mais elle est aussi multiple et complexe dans le sens où d'autres enjeux, y sont imbriqués : les grands défis climatiques, l'inclusion sociale, l'amélioration de la sécurité de tous les types de transport, la connectivité...

Face aux énormes enjeux on pourrait avoir tendance à privilégier un statu quo qui devient de plus en plus invivable, notamment en matière de qualité de vie. Il faut cependant se rendre compte que, malgré la forte ambition requise, de nombreux objectifs restent réalistes et atteignables. Cela implique que les industriels concernés fassent preuve de créativité et d'audace technologique. Pour y parvenir, une véritable

volonté politique est indispensable. Finalement la conscience citoyenne de chacune et chacun d'entre nous doit suivre, voire anticiper et amplifier le mouvement.

Les innovations technologiques sur lesquelles les industriels ont la mainmise, le développement de la mobilité active (p. ex. les déplacements à vélo) ou partagée (via le covoiturage), l'identification de solutions innovantes d'intermodalité et de multimodalité, l'optimisation des systèmes de transport existants pour les rendre plus performants tout en limitant leur impact environnemental, la refonte des systèmes de travail (en privilégiant le télétravail selon la faisabilité) sont autant de pistes intelligentes et pertinentes à suivre.

La mobilité de demain est un formidable défi.

Tous les acteurs – les industriels, les pouvoirs publics, les entreprises et les citoyens – doivent concentrer leurs efforts afin de surmonter les obstacles.

Concessionnaire Officiel



2C M LUXMOTOR
Joer **MUNSBACH / FOETZ**

**AUTO
FESTIVAL**
20 JAN - 3 FEV 2024

60^e
ANNIVERSAIRE

**KOMMT SE OP MËNSBECH KUCKEN A PROFITÉIERT
VU SPEKTAKULÄRE 60 FESTIVAL-CONDITIOUNEN!**



Tourneo Custom

Tourneo Connect

Tourneo Courier

WWW.LUXMOTOR.LU





ALPINE

ALPINE GOES ELECTRIC,
DREAM GARAGE IS COMING

découvrez votre future Alpine et rendez-vous
dans vos Centres Alpine Luxembourg et Diekirch

book
a test drive



AUTO
FESTIVAL
2024

Alpine : une gamme A110 renouvelée pour 2024



Alpine fait évoluer sa gamme A110 pour 2024 avec pour objectif final d'arriver à constituer son garage de rêve 100 % électrique. Celui-ci sera composé de l'A290, citadine sportive, d'un crossover GT ainsi que de la nouvelle A110. La gamme sera ensuite élargie avec un cabriolet sur base A110 et une nouvelle version de la légendaire A310, futur coupé quatre places ainsi que deux SUV. Soit, sept nouveaux modèles attendus d'ici 2030. En attendant l'arrivée de ce Dream Garage, zoom sur la gamme 2024 !

Alpine A110 : l'originelle

La combinaison de son châssis « Alpine » et de sa motorisation de 252 chevaux procure un plaisir de conduite évocateur de la Berlinette.

Légère, précise et vive, l'A110 fait preuve d'agilité et de dynamisme en toutes circonstances. L'A110 intègre en standard des jantes Sérac de 18 pouces avec disques ventilés de 320 mm pour un freinage renforcé, haute performance ainsi que des rétroviseurs extérieurs rabattables électriquement (standardisés sur l'ensemble de la gamme). L'habitacle s'enrichit d'un pédalier sport avec repose-pied en aluminium.

Alpine A110 GT : le coupé sportif Grand Tourisme

Sa motorisation de 300 chevaux couplée au châssis « Alpine » constitue le mariage idéal de la performance et du confort. D'une polyvalence et d'une élégance rare,

l'A110 GT est la voiture de sport des trajets du quotidien comme des voyages au long cours. L'A110 GT exprime sa sportivité avec des jantes Grand Prix 18 pouces diamantées noires en standard et des monogrammes latéraux chromés du « A » fléché. Côté confort à bord, elle dispose de série du Système audio Focal® Premium, d'un rétroviseur électrochrome anti-reflet et de sièges chauffants. Le pédalier et les repose-pieds sont en aluminium pour encore plus d'adhérence et de légèreté.

Alpine A110 S : la puissance au service de la performance

Son châssis « Sport » valorise pleinement le potentiel de son moteur de 300 chevaux. Sportive dans l'âme, elle reçoit en option des pneus semi-slick et un kit aérodynamique spécifique propres à satisfaire les conducteurs à la recherche d'un pilotage plus pointu notamment sur circuit. Redoutablement efficace, l'A110 S est un concentré d'émotions. L'A110 S arbore des jantes Fuchs 18 pouces forgées, des feux avant boomerang noirs et un rétroviseur intérieur électrochrome anti-reflet.

Alpine A290 : La première Alpine d'une nouvelle ère

L'A290, future petite sportive élec-

trique de la nouvelle ère Alpine, se dévoile sous les traits spectaculaires et ultra-sportifs du show-car A290_β (A290 « bêta »). Le premier des trois modèles du futur « Dream Garage » sera une sportive nouvelle génération, 100 % électrique, pensée pour éveiller en chacun l'esprit de compétition et réinventer la sportivité au quotidien. Symbole du passage d'Alpine vers une gamme 100 % électrique d'ici 2026, elle sera commercialisée à partir de 2024. Elle bénéficie de l'ADN sportif d'Alpine et porte une réflexion novatrice sur la mobilité durable à faible émission de carbone, pour répondre à une nouvelle génération de conducteurs.

Alpine montre une fois de plus sa capacité à faire évoluer sa gamme pour 2024 avec une offre enrichie pour ses versions A110, A110 GT et A110 S en y ajoutant plus d'équipements de série, ce qui permettra d'offrir encore plus de contenu et de valeur à chaque modèle. En plus de toutes ces nouveautés, la marque a introduit une nouvelle couleur Héritage, l'Orange Corail, dans son atelier Alpine de personnalisation. L'ouverture des commandes pour ces nouvelles A110 a débuté en décembre 2023 pour une production à partir de mars 2024. Rendez-vous dans vos Centres Alpine Luxembourg et Diekirch pour en découvrir davantage !

Renaulution : focus sur la gamme E-Tech de Renault

Tout d'abord avec le lancement de la Zoe E-Tech 100 % électrique il y a 12 ans, puis avec l'évolution de sa gamme de véhicules E-Tech dits « électrifiés », la marque au losange s'impose comme un véritable pionnier sur le marché de l'électrique. E-Tech est la technologie innovante et exclusive de Renault. Protégée par 150 brevets, elle a été développée en collaboration avec les équipes de Renault F1 et bénéficie de l'expertise de la marque concernant les véhicules électriques. Aujourd'hui, la gamme E-Tech de Renault propose essentiellement deux types de motorisation : l'E-Tech 100 % électrique et l'E-Tech full hybrid.

E-Tech 100 % électrique ou E-Tech full hybrid ?

L'E-Tech 100 % électrique sera davantage destiné à ceux qui souhaitent conjuguer mobilité et respect de l'environnement avec des émissions à 0g de CO₂, tout en bénéficiant d'un plaisir de conduite renouvelé. Choisir l'électrique chez Renault c'est une autonomie optimisée, des coûts optimisés et un nouveau confort de conduite.

Néanmoins, vous devrez faire preuve de quelques adaptations de comportement et d'utilisation car

vous n'utiliserez plus votre véhicule de la même façon !

Enfin, pour ceux qui ne souhaiteraient pas encore passer au 100 % électrique, l'E-Tech full hybrid représente une excellente solution de transition car ces véhicules ont des consommations réduites, des taux d'émissions de CO₂ contenus, une grande autonomie et un coût d'utilisation maîtrisé. Cette technologie offre donc la souplesse de l'électrique et la polyvalence du thermique, les deux énergies permettant chacune d'assurer le roulage du véhicule. Par exemple, l'Austral E-Tech full hybrid, l'Espace E-Tech full hybrid, ou encore le futur Rafale E-Tech full hybrid sont capables de rouler en 100 % électrique jusqu'à 130km/h avec une autonomie pouvant aller jusqu'à 1100km.

La gamme E-Tech full hybrid s'impose avec une technologie écologique permettant de consommer jusqu'à 40 % de moins qu'auparavant, avec des véhicules intelligents passant de l'électrique au thermique, en passant par l'hybride, de manière tout à fait autonome en fonction de votre comportement de conduite. En effet, les voitures E-Tech full hybrid disposent d'un moteur essence 1,6L couplé à deux



moteurs électriques dont un alternateur et un moteur de traction, et à une batterie de 200V permettant ainsi aux véhicules de la gamme d'exprimer toute leur performance.

Une gamme E-Tech variée et tournée vers l'avenir

À ce jour, la gamme E-Tech de Renault est ancrée dans différents segments de véhicules : de la citadine, aux véhicules utilitaires, en passant par les SUV et les familiales. La marque a décidé de capitaliser sur le développement de technologies de pointe et a fait le choix de concevoir des véhicules en fonction de leurs technologies moteur pour optimiser leur poids, leur efficacité

et leurs performances. Grâce à son expertise concernant les voitures électriques, ainsi que son expertise en Formule 1, la marque au losange a su créer une motorisation unique.

Aujourd'hui, la gamme E-Tech chez Renault c'est d'un côté les 100 % électrique avec Zoe, Twingo, Megane, Kangoo, bientôt Scenic, R5 et l'intégralité des véhicules utilitaires, et de l'autre côté la gamme E-Tech full hybrid avec Clio, Captur, Arkana, Austral, Espace et bientôt Rafale.

Test drive
gamme E-Tech



RENAULT MEGANE E-TECH 100% ELECTRIC 220 CH

**AUTO
FESTIVAL** | **60^e**
20 JAN - 3 FEV 2024 | ANNIVERSAIRE



8000 € jusqu'à
de prime gouvernementale**

plus d'infos



**jusqu'à 470 km d'autonomie, 26 systèmes avancés
d'aide à la conduite et tableau de bord openR 12"
avec Google intégré***

portes ouvertes les dimanches 21 & 28 janvier

0 - 0 gr CO₂/km · 15,8 - 16,1 kwh/100 km (wltp)

contactez votre distributeur pour toute information relative à la fiscalité de votre véhicule.

*Google, Google Maps et Google Play sont des marques déposées de Google LLC. LLC.** infos et conditions sur guichet.public.lu.
annonceur: Renault belgique-luxembourg s.a. (importateur), chaussée de mons 281, 1070, bruxelles, TVA BE 0403 463 679, IBAN BE76
0017 8828 2195, rpm bruxelles. **◆ DONNONS PRIORITÉ À LA SÉCURITÉ.**

renault.lu



Mobility
Business

Le courant passe déjà avec

330000

entreprises en Europe.
Pourquoi pas vous ?



TotalEnergies

Concevoir et opérer des solutions de recharge, c'est ça vous faciliter le passage à la mobilité électrique.

Découvrez toutes nos solutions de mobilité électrique pour les professionnels sur totalenergies.lu

 devient


bikebox

PARCS
SÉCURISÉS
POUR VÉLOS
**SERVICE
GRATUIT**

73
**STATIONS
BIKEBOX**
DONT 68
À PROXIMITÉ
DES GARES
CFL

ACCÈS
ASSURÉ
7J/7 ET
24H/24



**Intéressé par
le service ?**

Inscrivez-vous sur
bikebox.lu



www.bikebox.lu



(+352) 2489 4516

CFL

www.cfl.lu

Le Luxembourg mise sur l'électrique



Plus de 30.000 véhicules électriques en circulation et près de 2.400 bornes de recharge accessibles : le Luxembourg est l'un des leaders européens de l'électromobilité !

Avec plus de 30.000 véhicules électriques en circulation, le Luxembourg se positionne comme l'un des leaders de l'électromobilité en Europe, confirme un rapport diffusé en septembre 2023 et signé par ChargeUp Europe qui représente l'ensemble de l'écosystème de recharge des véhicules électriques.

Notre pays est, avec la Suède, en tête de l'électrification européenne par rapport à la population du pays, soit 6,4 % du parc automobile sur 100.000 habitants. Ce taux est mieux que celui de l'Allemagne (4,4 %) et nettement supérieur à celui de la France (2,4 %).

Un des taux d'électrification les plus élevés d'Europe

Ces chiffres ont été confirmés le 29 septembre 2023 par François Bausch, ancien ministre de la

Mobilité et des Travaux publics, et Claude Turmes, ex-ministre de l'Énergie, qui dressaient le « Bilan de la législature 2018 – 2023 ». Il en ressort que 10.401 nouvelles voitures électriques ont été immatriculées au cours des huit premiers mois de 2023, soit environ 30 % de l'ensemble des nouvelles immatriculations. D'après le constat des deux ministres à l'époque, 7,52 % des voitures enregistrées au Luxembourg sont déjà électriques (4,36 % électriques pures et 3,16 % plug-in hybrides). Ce qui représente, avec la Suède et le Danemark, l'un des taux d'électrification les plus élevés de l'Union européenne. En se focussant sur le parc routier des services de l'État, on constate que 265 véhicules électriques ont été acquis depuis 2018 alors que 40 % du kilométrage du réseau de bus RGTR ont été parcourus par des bus électriques.

Objectif 2030

Pour atteindre les objectifs de décarbonisation et d'efficacité énergétique, le « Plan national intégré en matière d'énergie et de climat » (PNEC) prévoit que 49 % des voitures du parc automobile luxembourgeois seront électrifiées

à l'horizon de 2030. Pour y arriver, une infrastructure de recharge appropriée doit être développée à tous les niveaux : recharge lente ou rapide, bornes publiques ou privées.

Des chiffres irritants

En étudiant le rapport de ChargeUp Europe, on s'aperçoit que, de manière paradoxale, les infrastructures publiques ont diminué au Luxembourg, passant de 2.500 unités en 2021 à 2.387 bornes un an plus tard. Ces chiffres pour le moins étonnants doivent être examinés avec beaucoup de précautions car il apparaît que cette situation résulte d'incohérences émanant des données ou d'une plus grande proportion de stations de recharge précédemment identifiées comme accessibles au public et reclassées ensuite comme des stations privées.

Le Luxembourg sur la deuxième marche du podium

Une chose est cependant certaine : le Luxembourg fait partie des leaders européens en la matière. Sur la base de données fiables, il est établi que le pays comptait 308 bornes publiques sur 100.000 habitants en 2022. Seuls les Pays-Bas font

VENEZ DÉCOUVRIR VOTRE PLAISIR DE CONDUIRE.

L'AUTOFESTIVAL SCHMITZ.

THE NEW i5

100% ÉLECTRIQUE.

18,9 – 15,9 kWh / 100 km
498-582 km WLTP

a.p.d. 73.100 €
ou 699 € / mois*

- 8.000 €
prime gouvernementale

- 3.850 €
d'options gratuites*

*Conditions et plus d'infos



Choisir un véhicule à faibles émissions contribue à un meilleur avenir pour ses enfants.

Financez votre véhicule à faibles émissions grâce au prêt personnel R-Eco.

Plus d'infos sur raiffeisen.lu ou dans votre agence la plus proche.

Offre sous réserve d'acceptation du dossier par la banque.



Raiffeisen

La Banque qui appartient à ses membres

Conditions
spéciales
Autofestival

jusqu'au
29/02/2024

SPÉCIAL MOBILITÉ

fonction
publique

mieux en Europe, avec 577 points de recharge sur 100.000 habitants.

Cet excellent positionnement du Luxembourg est le fruit d'une politique dynamique en la matière, favorisant le déploiement d'une infrastructure publique de base alimentée en électricité dite « 100 % renouvelable ». Pour l'essentiel, ce déploiement repose, d'une part, sur le fait qu'au moins une borne de recharge Chargy est installée dans chaque commune du pays et, d'autre part, sur l'installation de 90 bornes de recharge ultra-rapides SuperChargy jusqu'à 350 kW (partiellement financées par le programme européen « NextGeneration EU ») auprès d'une vingtaine de stations et aires de service tout au long du pays.

Une accessibilité facile pour 90 à 98 % des résidents

Avec un peu plus de 2.000 points de recharge accessibles au public et répartis sur l'ensemble du territoire, 90 % des résidents ont au moins un point de recharge rapide accessible au public à moins de dix minutes de trajet en voiture. 98 % des résidents ont au moins un point de recharge d'une puissance allant jusqu'à 22 kW à moins de cinq minutes de trajet en voiture. À ces bornes de recharge accessibles au public, s'ajoutent les



bornes privées qui sont soutenues financièrement par le régime « Klimabonus Mobilité ».

Un investissement soutenu par l'État

Pour inciter les particuliers à privilégier l'électromobilité et la mobilité active, mais aussi pour rendre la mobilité durablement plus « propre », l'État luxembourgeois a instauré une nouvelle prime pour l'achat et l'installation d'une borne de recharge neuve. Cette aide s'adresse notamment aux personnes phy-

siques étant propriétaires ou locataires de l'emplacement de stationnement sur lequel la borne doit être installée (à raison d'une seule borne par emplacement). Reposant sur des documents justificatifs, cette aide est allouée pour les investissements consentis entre le 1^{er} janvier 2023 et le 31 décembre 2024. Son montant couvre 50 % du coût hors TVA de l'acquisition et de l'installation de la borne de recharge, avec des plafonds oscillants entre 450 et 1.200 euros pour un bâtiment comportant un maximum de trois emplacements

et entre 450 et 1.650 euros pour un bâtiment comportant quatre emplacements ou plus.

L'introduction de la demande d'aide peut être faite par voie postale auprès de l'Administration de l'environnement ou en ligne via MyGuichet.lu. En « donnant un coup de pouce » aux particuliers pour l'achat et l'installation de bornes de recharge privées, le Luxembourg tient encore à renforcer sa position de leader en matière d'électromobilité.

La Kia EV9 100% électrique.

Découvrez nos conditions Autofestival!

AUTO FESTIVAL | **60^e**
20 JAN - 3 FÉV 2024 | ANNIVERSAIRE



Movement that inspires

Jusqu'à 5.000 € de remise sur la gamme Kia!
Ouverture dimanche 28 janvier

La routine vous enferme? Choisissez un autre chemin et repoussez vos limites avec la Kia EV9 entièrement électrique. Brisez le statu quo et optez pour un design révolutionnaire et un luxe raffiné qui transcendent le quotidien. Élargissez vos horizons grâce à sa technologie de charge innovante, qui permet de parcourir 239 kilomètres supplémentaires en seulement 15 minutes⁽¹⁾. Audacieuse? Certainement. Avec ces sept places - et un choix optionnel de deux configurations à six places - tout le monde est immédiatement à bord de votre nouveau parcours radical.

Découvrez l'EV9 et nos conditions Autofestival sur l'ensemble de la gamme chez votre concessionnaire Kia.

binsfeld
GARAGE

Binsfeld Schifflange/Differdange
15, rue de Noertzange, L-3860 Schifflange
1, z.i. Hahneboesch, L-4562 Differdange
T: (+352) 54 50 55
www.garage-binsfeld.lu

20,2 - 22,8 kWh/100 km • 0 g CO₂/km (WLTP)

Contactez votre concessionnaire pour toute information relative à la fiscalité de votre véhicule.  **DONNONS PRIORITÉ À LA SÉCURITÉ.**

(1) Sur une borne de recharge générant au moins 240 kW d'électricité. La vitesse et le temps de charge réels peuvent être affectés par la température de la batterie et les conditions météorologiques extérieures. * 7 ans de garantie ou 150.000 km (selon la première limite atteinte, sans limite de kilométrage pendant les 3 premières années). ** Photo à titre illustratif.





AUTO FESTIVAL 2024

Tiguan Life

1.5 eTSI 130 ch, boîte auto. 7 vitesses

38.040 € PRIX NET

Avantage cumulé

6.626 €

- Roues hiver complètes offertes
- Avantage sur PACK START
- Avantage FESTIVAL

ou Offre PrivateLease. à p. d.

~~261 € / mois*~~

Offre Festival à p. d.

201 € / mois*

3 ANS de garantie
(60.000 km)



**Le nouveau Tiguan est bientôt disponible chez votre concessionnaire !
Vous trouverez plus d'infos ainsi que la liste de tous les concessionnaires sur [volkswagen.lu](https://www.volkswagen.lu)**

Consommation moyenne nouveau Tiguan (WLTP) : 6,1 l/100 km. Émissions CO₂ : 139 g/km. Les valeurs de consommation et d'émission indiquées ont été déterminées selon les méthodes de mesure prescrites par la loi. Pour plus d'informations, voir [volkswagen.lu](https://www.volkswagen.lu) ou contactez votre concessionnaire Volkswagen. Photos non contractuelles. Sous réserve de modifications ou d'erreurs. Offres valables pour des commandes jusqu'au 29/02/2024. * Exemple : durée de 48 mois, 15.000 km/an, acompte de 25 %. Partie financement hors services supplémentaires pouvant être ajoutés (assurances, entretiens, pneus,...) Pack Start compris dans l'offre PrivateLease.



LUX VOYAGES



DIE BLAUE DONAU MIT DER RIVERSIDE MOZART



Eine Flusskreuzfahrt berührt die Sinne. Sie vereint Raum und Zeit zu einem kontemplativen Erlebnis. Schöne Landschaften an sich vorbeiziehen zu lassen, das sind Momente, die man nicht vergisst. Genießen Sie dabei die kulinarischen Spezialitäten der Regionen.

Wien, Budapest, Bratislava: Diese Metropolen liegen wie Perlen an den Ufern der Donau.

Erleben Sie auf dieser eindrucksvollen Kreuzfahrt das Flair, die Architektur und die besonderen Sehenswürdigkeiten dieser drei Hauptstädte, die zu den schönsten Europas zählen.

Reisepreis ab: 3.469 € * pro Person in der Harmony Suite, inklusive

- 8 Tage / 7 Nächte (05.09.-12.09.2024 oder 10.10.-17.10.2024)
- Reiseverlauf: Budapest, Bratislava, Dürnstein, Wien, Bratislava, Esztergom, Visegrád, Budapest
- Vorgewählte Ausflüge in jedem Hafen
- Speisen nach Wahl in allen Restaurants und Bars
- Hafen- und Servicegebühr

* -15% Frühbucherrabatt bis zum 31.01.2024 berücksichtigt



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Riverside-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





Ihr direkter Link zur Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause